

# Arbeit & Wirtschaft



## Tourensuche

*Österreich muss eine Rezession überwinden. Entlang des Weges, den das Land wählt, zeichnet sich die Arbeitswelt von morgen ab. Wie wir jetzt die Basis für eine bessere Zukunft schaffen.*

**Was denkt die Bevölkerung? / 12**

Sozialforscher Christoph Hofinger  
zur nationalen Stimmungslage

**Zeitenwende / 16**

Was das Ende des Wiener Stellantis-  
Werks für die Belegschaft bedeutet

## #9



**RICHARD SOLDER** CHEFREDAKTEUR  
**SARAH KLEINER** CHEFIN VOM DIENST  
**GRETA STAMPFER** ONLINEREDAKTION  
**THOMAS JARMER** ART DIRECTOR & LAYOUT  
**MARKUS ZAHRADNIK** FOTOS  
**SILKE MÜLLER** ILLUSTRATIONEN  
**FLORIAN PRAXMARER** LEKTORAT  
**SONJA ADLER** ADMINISTRATION  
**VANESSA KOVAR** REDAKTIONSSASSISTENZ

**Mitarbeiter:innen dieser Ausgabe**

Frank Braßel, Christian Bunke, Sophia Fielhauer,  
 Sandra Knopp, Margaretha Kopeinig, Naz Küçüktekin,  
 Markus Marterbauer, Maria Mayrhofer, Christian  
 Resei, Simone Schlindwein, Felix Schmidtnr,  
 Helene Schuberth, Alexia Weiss

**Redaktion Arbeit&Wirtschaft**

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien  
 Tel.: (01) 534 44-39263, Fax: (01) 534 44-100222  
 redaktion@arbeit-wirtschaft.at

**Themenkomitee**

[www.arbeit-wirtschaft.at/impresum](http://www.arbeit-wirtschaft.at/impresum)

**Herausgeber:innen**

Bundesarbeitskammer  
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22  
 Österreichischer Gewerkschaftsbund  
 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

**Medieninhaberin**

Bundesarbeitskammer  
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22  
 Tel.: +43 1 501 65-0  
 akmailbox@akwien.at

**Hersteller**

Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG  
 7201 Neudörfel, Bickfordstraße 21

**Verlagsort** Wien**Herstellungsort** Neudörfel**Abonnementverwaltung und Adressänderung**

Lukas Huemerlehner  
 Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien  
 Tel.: (01) 662 32 96-0, aboservice@oegbverlag.at  
 Einzelnummer: € 2,50 (inkl. MwSt.)  
 Jahresabonnement Inland € 20,- (inkl. MwSt.)  
 Ausland zuzüglich € 12,- Porto  
 Für Lehrlinge, Student:innen und Pensionist:innen  
 ermäßigtes Jahresabonnement € 10,- (inkl. MwSt.)

**Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25**

[www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung](http://www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung)  
 ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655  
 ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,  
 ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeberin. Jeder Autor:in trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter:innen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, sind nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

## Hinter den Kulissen



A&W-Chefredakteur **Richard Solder** und **Sarah Kleiner**, Chefin vom Dienst, zu Besuch bei Meinungsforscher **Christoph Hofinger**. Warum wir derzeit gute Bergführer:innen in der Politik bräuchten, lesen Sie im Interview **ab Seite 12**.



Fotograf **Markus Zahradnik** fängt die Weiten des Stellantis-Firmengeländes in Wien-Aspern ein. Nach über 40 Jahren wurde der Betrieb des Opel-Werks dort eingestellt. Wir haben gefragt, was das für die Belegschaft bedeutet. Zu lesen **ab Seite 16**.

## *Unbeirrt nach vorne schauen*



**SARAH KLEINER**  
CHEFIN VOM DIENST

Was für turbulente Wochen liegen da schon wieder hinter uns. Der Republikaner Donald Trump wurde zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt – zum zweiten Mal nach 2016. Expert:innen sehen bewegte geopolitische Zeiten, transatlantische Beziehungsprobleme und Gefahren für die US-amerikanische Demokratie auf uns zukommen. Trumps Drohung, Zölle auf Importe in die USA anzuheben, hängt wie ein Damoklesschwert über der europäischen Wirtschaft. Die „Ampelregierung“ in Deutschland ist indes gescheitert, das Land steuert auf Neuwahlen zu. Und das zweite Jahr in Folge wird das österreichische Bruttoinlandsprodukt nicht wachsen, sondern schrumpfen.

Manchmal ist es ja nicht einfach, bei der Flut an besorgniserregenden Nachrichten etwas Erhellendes und Erfreuliches zu finden, an dem man sich festhalten kann. Wie soll man von einem besseren Morgen träumen, einer blühenden Zukunft für sich selbst oder die eigenen Kinder, wenn rundherum alles aus den Fugen zu geraten scheint?

Was uns auf jeden Fall nicht aus dieser Wirtschaftskrise holen wird, ist Pessimismus. Angesichts einer schwierigen wirtschaftlichen Situation haben wir in dieser Ausgabe versucht, eine Brücke zu schlagen zwischen einer ungeschönten Beschreibung des Status quo und einem rationalen Optimismus. Wie die kommende Regierung das Ruder herumreißen könnte, wie wir den modernen Technologien begegnen, die unsere Zukunft prägen werden, und wie wir als Gesellschaft hoffnungsvoll bleiben, lesen Sie auf den folgenden Seiten. Unser Novemberheft wird Sie an manchen Stellen auf den Boden der Tatsachen bringen und an anderen zu utopischer Zukunftsmalerei einladen.

Was hilft noch in schwierigen Momenten? Zusammenrücken! Hierzulande kommt in der Krise nicht zuletzt dem Sozialstaat essenzielle Bedeutung zu. In Österreich gibt es dank der Sozialpartnerschaft eine gesellschaftliche Balance – und dank der Gewerkschaften, der Arbeiterkammern und ihres unermüdlichen Einsatzes ein dichtes Netz an Beratungsmöglichkeiten und finanzieller Unterstützung im Ernstfall.

Eine Gesellschaft und ein Staat, die jene, die es schwer haben, nicht zurücklassen, sind wichtiger denn je. Es ist weder die erste noch die letzte Krise, und am besten meistern wir sie mit Zusammenhalt. ►

# Inhalt

## BITTE AUSSTEIGEN!

**06** Die Rezession hält an, Österreich steckt in einer Wirtschaftskrise: Wie kann der Staat seinen Haushalt auf Vordermann bringen? Und wie vermeiden, dass sich folgenschwere Fehler der Vergangenheit wiederholen? Christian Bunke ging auf Spurensuche.

## GESCHICK IM UNGLÜCK

**16** Seit den 1980er-Jahren wurden im Stellantis-Werk in Wien-Aspern Fahrzeuggetriebe hergestellt. Doch der fossile Verbrenner steht vor dem Aus und eine Industrie vor dem Umbruch. Der Betriebsrat half dabei, das Ende des Werks für die Mitarbeiter:innen einigermaßen schonend abzuwickeln.

## BILLIGE KLICKS

**26** Das Training von KI-Systemen wird in Länder ausgelagert, in denen die Löhne niedrig und die Arbeitsbedingungen prekär sind. So wird die Welt von morgen mit Methoden von gestern erschaffen. Arbeit&Wirtschaft war auf Lokalaugenschein in Uganda.

<b>Was macht eine starke Zivilgesellschaft aus?</b>	<b>11</b>
Die große Frage beantwortet Maria Mayrhofer von #aufstehn	
<b>Eine Geschichte der Zukunft entwickeln</b>	<b>12</b>
Sozialforscher Christoph Hofinger im Gespräch	
<b>Aufprallschutz bei Firmenpleiten</b>	<b>20</b>
Was Betriebsrat und Belegschaft im Insolvenzfall tun können	
<b>Wie geht es den Beschäftigten?</b>	<b>23</b>
Betriebsräte über das Befinden der Arbeitnehmer:innen	
<b>Woher der Wind weht</b>	<b>24</b>
Stimmung im Keller: Österreich braucht Optimismus	
<b>Work smarter</b>	<b>30</b>
Wie künstliche Intelligenz in die Arbeitswelt einzieht	
<b>Wie zukunftsfit ist Österreichs Innovationssystem?</b>	<b>33</b>
Eine Analyse aus dem A&W-Blog	
<b>Visionen eines neuen Südens</b>	<b>34</b>
Ein sozialer Pakt will Lateinamerikas Zukunft gestalten	
<b>Quo vadis, Europa?</b>	<b>36</b>
Der Weg aus der Krise kann nur ein gemeinsamer sein	
<b>Die Utopiemacherin</b>	<b>38</b>
Katharina Rogenhofer kämpft für einen gesunden Planeten	
<b>Standort sucht Strategie</b>	<b>41</b>
Helene Schubert über aktive Industriepolitik	
<b>Traum und Vision</b>	<b>42</b>
Das Utopie-Archiv: Visionen im öffentlichen Raum	
<b>Krise braucht Zusammenarbeit</b>	<b>46</b>
Das letzte Wort hat Markus Marterbauer	





# Arbeit&Wirtschaft

## Abendpost

Hoch die Beine und mal kurz den Ablenkungen und Pflichten des Alltags entfliehen: Die Arbeit&Wirtschaft Abendpost versorgt Sie immer mittwochs mit Informationen und Empfehlungen zu den aktuellsten Beiträgen unserer Online-Ausgabe.

Wie Sie dazu kommen?

Einfach zu unserem Newsletter anmelden!

[www.arbeit-wirtschaft.at/newsletter](http://www.arbeit-wirtschaft.at/newsletter)

f X @ /AundWMagazin

[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

# Bitte aussteigen!

*Österreich steckt in einer Wirtschaftskrise und in der längsten Rezession der Zweiten Republik. Welche Gefahren entstehen dadurch für die Demokratie? Wie kann effektiv gegengesteuert werden? Eine Spurensuche in Vergangenheit und Gegenwart.*

TEXT CHRISTIAN BUNKE



Es läuft nicht rund in Österreichs Wirtschaft. „Produktion im August 2024 um 2,5 % gesunken“, vermeldet die Statistik Austria in einer Aussendung vom 10. Oktober. „Rückgänge in der Industrie stärker als im Bau“, heißt es weiter. Ähnlich Trübseliges kommt vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO): „Rezession in Österreich hält sich hartnäckig“, lautet der Titel der aktuellen Konjunkturprognose. Nach einem Prozent im Vorjahr würde das reale Bruttoinlandsprodukt auch heuer um 0,6 Prozent zurückgehen. Die Krise hat eine historische Dimension erreicht. „Erstmals in der Zweiten Republik wird die heimische Wirtschaft 2023 und 2024 in zwei aufeinanderfolgenden Kalenderjahren schrumpfen“, schreibt das WIFO.

Es ist eine Rezession, die inmitten zahlreicher anderer Krisenereignisse fast unbemerkt ins Land gezogen ist. Und scheinbar ist sie gekommen, um zu bleiben. „Es ist eine schleichende Rezession, die viel länger dauert, als alle erwartet haben, sie stellt aber bislang keinen besonders tiefen Wirtschaftsabschwung dar“, sagt Markus Marterbauer. Der Chefökonom der Arbeiterkammer (AK) Wien gibt zu bedenken, dass eben die Dauer diesen Abschwung vielleicht besonders bedrohlich macht. „Er ist relativ breit und umfasst sowohl die Industrie als auch die Bauwirtschaft, den Handel und andere Dienstleistungsbereiche. Die Unternehmen investieren wenig, und auch die Konsumnachfrage stagniert schon ziemlich lange“, erklärt Marterbauer.

## Einsparungen drohen

Im Krisenmodus werden jetzt wieder alte Schallplatten aufgelegt, die man noch aus Zeiten der globalen Finanzkrise von 2008 kennt. „Österreichs kommende Regierung muss deutlich mehr sparen als bisher gedacht“, schreibt etwa die Tageszeitung „Der Standard“ im Oktober. Der Ruf nach Einsparungen kommt vor allem von der EU-Kommission in Brüssel. Seit April 2024 gelten in der EU wieder strengere Budgetregeln, die zur Bewältigung der Corona-Pandemie ausgesetzt worden waren. Die sogenannten Maastricht-Kriterien verpflichten die Länder dazu, ihre Haushalte in Ordnung zu bringen.

## Rückgang des realen BIP 2024

Quelle: WIFO/IHS



**Die Rezession halte an, umfasse Industrie und Handel und könne besonders aufgrund ihrer Dauer schwerwiegende Folgen haben, sagt Markus Marterbauer, Chefökonom der AK Wien.**

Erst im Juni hat die EU-Kommission dem österreichischen Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP) in einem Brief mitgeteilt, dass sich für die Republik im Jahr 2025 ein Einsparungsbedarf in Höhe von bis zu drei Milliarden Euro ergebe, um das Budgetdefizit unter der Obergrenze von drei Prozent des BIP zu halten. Bis 2028 müssten sogar zwölf Milliarden Euro eingespart werden. Österreich muss mitziehen, will das Land keine finanziellen Sanktionen riskieren.

Beim Stöbern im österreichischen Blätterwald kann leicht der Eindruck entstehen, die geforderten Einsparungen wären in Stein gemeißelt und würden von der Mehrheit hiesiger Ökonomen befürwortet. Doch so einfach ist die Sache nicht. WIFO-Ökonom Stefan Schiman-Vukan, der unter anderem an der jüngsten Konjunkturprognose mitgearbeitet hat, hält übertriebene Einsparungen zum jetzigen Zeitpunkt für einen Fehler: „Sie machen in der aktuellen Konjunkturphase nicht nur keinen Sinn, sondern können auch kontraproduktiv sein, da sie den nötigen Spielraum für antizyklische Maßnahmen wegnehmen“, sagt er im Interview mit Arbeit&Wirtschaft.

Der Begriff „antizyklische Maßnahmen“ stammt aus der keynesianischen Denkrichtung der Wirtschaftsforschung. Gemeint ist, dass der Staat seine Finanzpolitik entgegen der gerade herrschenden Wirtschaftslage ausrichten sollte. Während einer Flaute sollte er über die Erhöhung der Ausgaben für öffentliche Projekte oder andere Investitionsanreize die Konjunktur anfeuern, während er sich in Zeiten eines Wirtschaftsaufschwungs mit großen Ausgaben idealerweise eher zurückhält. Dieser Ansatz ist ein Eckpfeiler der Wirtschaftspolitik, wie sie in Österreich von Gewerkschaften und Arbeiterkammer gefordert wird.

## Demokratie unter Druck

Mit Interesse und Argwohn beobachtet Florian Wenninger diese Debatten. Er ist Leiter des Instituts für Historische Sozialforschung und Research Fellow am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien. „Es ist spannend, dass aktuell nicht nur die Gewerkschaften zur Vorsicht mit Sparmaßnahmen mahnen, sondern auch neoklassisch ausgerichtete Wirtschaftsforschungsinstitute“, sagt er. Auch diese würden sich offensichtlich Sorgen machen, dass ein Sparpaket den privaten Konsum noch stärker einschränken und die Abwärtsspirale sich immer weiter drehen könnte.

„Wirtschaftskrisen verstärken immer Verteilungskonflikte“, sagt Wenninger. „Stets geht es um die Frage, wer die Krisenfolgen schultert: die Wohlhabenden oder die Durchschnittsbevölkerung?“ Der öffentliche Schlagabtausch zwischen Gewerkschaften und Unternehmer:innenverbänden werde aktuell von regelrechten Desinformationskampagnen begleitet. „Da kursieren dann plötzlich in den Medien ganz viele Erklärungen, wieso man auf keinen Fall große Vermögen besteuern dürfe. Gleichzeitig tut man so, als seien in Wirklichkeit die Armen das Problem, weil die so viel Sozialhilfe kosten.“ Am Ende, so der Historiker, drohe ein nachhaltiger Schaden für die Demokratie, weil ihr öffentlich jede Regelungskompetenz abgesprochen werde.

Wenninger sieht hier Parallelen zwischen dem heutigen und dem Österreich der 1920er-Jahre. Nach Ende des Ersten Weltkriegs hatte die junge Republik mit einer massiven Staatsverschuldung zu

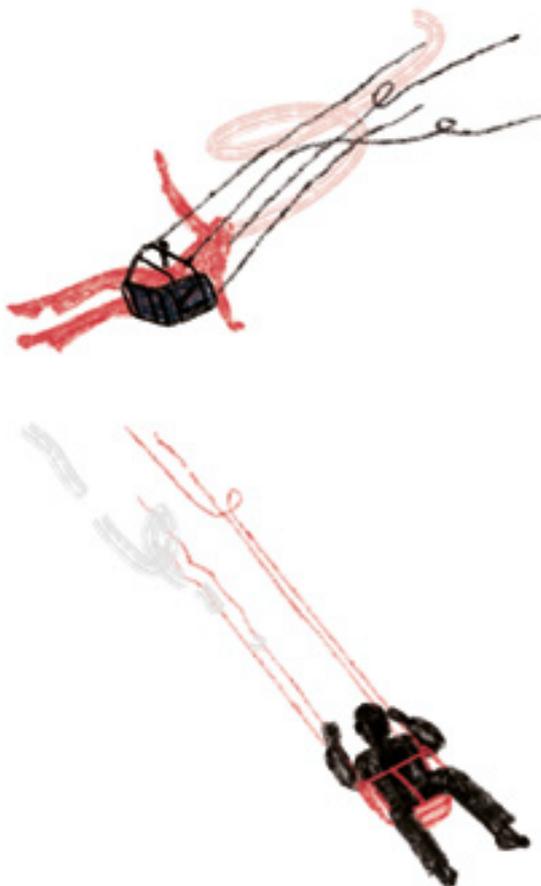
kämpfen. Diese war in der Monarchie aufgrund der stark angestiegenen Rüstungsausgaben entstanden. Wenninger bezeichnet das als eine „Konsolidierungskrise“ des neuen demokratischen Staates, für die es grundsätzlich zwei Lösungswege gegeben hätte: „Die erste Möglichkeit hieß Umverteilung, also die Reichen im Land, die Grundbesitzer und die Zinsherren, zu besteuern und dadurch das Staatsdefizit auf ein erträgliches Maß schrumpfen zu lassen.“ Das hätte zudem die schwächelnde Konjunktur durch öffentliche Aufträge angefacht, meint Wenninger.

Die damals oppositionellen Sozialdemokraten und Gewerkschaften hätten diese Variante favorisiert. Doch die konservative Regierung setzte eine andere durch: eine Refinanzierung durch Auslandsanleihen und massive Ausgabenkürzungen. „Innerhalb von zwei Jahren wurden knapp 100.000 Beamt:innen gekündigt“, sagt Wenninger. „Von diesem strikten Sparkurs hat sich die österreichische Volkswirtschaft bis Anfang der 1930er-Jahre nicht mehr erholt, als sie die Weltwirtschaftskrise mit noch größerer Wucht erreichte.“

Zusätzlich erschütterte 1931 der Zusammenbruch der Creditanstalt das Land, damals die größte Bank im Staat. Die Republik entschied sich für eine Bankenrettung und übernahm eine unbeschränkte Haftung für ihre Schulden. „Nachdem der Staat die Generalhaftung übernommen hatte, musste man aber feststellen, dass die wirklichen Schulden dieser Bank das Zehnfache dessen betragen, was die Direktoren zuvor angegeben hatten“, sagt Wenninger. Wieder stand die Frage im Raum: Konjunkturbelebende oder Einsparungen? Wieder entschieden sich die Regierenden für Letzteres, und das im vollen Bewusstsein der Konsequenzen.

„In einer solchen Verteilungskrise kommt die Demokratie unter Druck“, sagt Wenninger. „Wer der Bevölkerung durch Einsparungen große Härte zumuten will, muss befürchten, später Wahlen zu verlieren.“ So habe der damalige Justizminister und spätere Diktator Kurt Schuschnigg 1932 im Ministerrat offen gesagt, dass dieser Krise unter parlamentarischen Vorzeichen nicht beizukommen sei. „Schlussendlich hat sich die Regierung, gestützt auf den Staatsapparat, die Exekutive, das Militär und rechtsradikale Paramilitärs – die Heimwehren – zum Staatsstreich entschlossen, um die Wahlen, die sie sehr wahrscheinlich verloren hätten, gar nicht erst stattfinden zu lassen“, sagt Wenninger.

Schon in den Jahren vor der Errichtung der austrofaschistischen Diktatur sei durch die Folgen von Wirtschaftskrise und Sparmaßnahmen der ohnehin schwache demokratische Konsens im bürgerlichen Lager zerfallen, so Wenninger. „Vor allem Menschen auf dem Land und im kleinstädtischen Bereich hatten immer stärker das Gefühl, das System arbeite nicht für, sondern gegen sie“, erklärt er. „Und Schuld waren die Städte. Schuld waren die Juden. Schuld waren die Roten. Das war ein antidemokratischer Kulturpessimismus, wie er uns auch heute in immer stärkerem Ausmaß gegenübertritt.“





Eine ähnliche Wirtschaftslage wie derzeit habe in den Austrofaschismus gemündet, warnt Historiker Florian Wenninger. „In einer Verteilungskrise kommt die Demokratie unter Druck“, sagt er.

### Breiter Vertrauensverlust

Adi Buxbaum, Experte für Sozialpolitik bei der Arbeiterkammer Wien, teilt die Wahrnehmungen des Historikers. Die Fortschrittsversprechen des Sozialstaats seien auch in der anhaltenden Rezession gebrochen worden. „Viele Probleme bleiben ungelöst. Die Arbeitslosigkeit steigt, und die soziale Frage akzentuiert sich zunehmend“, sagt Buxbaum. Er befürchtet, dass der Sozialstaat der große Verlierer der anstehenden Budgetkonsolidierungsdebatten sein wird. „Und damit sind auch die Vielen in der Gesellschaft die Verlierer:innen“, sagt er.

„Neben nicht eingehaltenen Fortschrittsversprechen wie Rückschritten in der Frauenpolitik oder fehlenden Investitionen in die soziale Infrastruktur wirken die Zukunftsängste breiter Teile der Bevölkerung und der Verlust an Vertrauen in die politischen Institutionen ebenso schwerwiegend.“ Konsumzurückhaltung und „wohlstandschauvinistische Diskurse“ würden Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen destabilisieren. Das führe auch heute zu autoritären Tendenzen. „Budgetverschiebungen und Mittelkürzungen haben die soziale Sicherheit in Österreich ausgehöhlt, und weitere Verschlechterungen sind absehbar“, sagt Buxbaum. „Der soziale Zusammenhalt ist nunmehr deutlich schlechter ausgeprägt als in der Vergangenheit. Die Solidaritätsbänder in der Gesellschaft sind durch die breit gepflogene Spaltungsrhetorik eher dünner als dicker geworden.“

### Ausweg staatliche Intervention

Ein kleiner Lichtblick war in den WIFO-Prognosen allerdings auch enthalten: 2025 könnte die österreichische Wirtschaft um bis zu ein Prozent wachsen. Auch ein solcher Wirtschaftsaufschwung würde

## FÜNF FAKTEN ZU FACHKRÄFTEN

### Fachkräftemangel bei hoher Arbeitslosigkeit?

Arbeitslosigkeit und offene Stellen sind ungleich verteilt. Viele offene Stellen gibt es in Branchen mit schlechten Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhnen, wie zum Beispiel der Gastronomie. Gleichzeitig kommt es in anderen Branchen vermehrt zu Stellenabbau, vor allem im Handel, aber zunehmend auch in der Industrie.

### Warum finden Menschen keinen Job?

Längst nicht alle arbeitssuchenden Menschen passen automatisch auf jede offene Stelle. Eine Gruppe von 450.000 Personen gilt in Österreich als sogenannte „stille Reserve“. Diese Leute würden gerne arbeiten, haben aber aufgrund unzureichender Rahmenbedingungen die Suche aufgegeben.

### Kann die Lehrlingsausbildung Kapazitäten schaffen?

Könnte sie. Aber die Zahl der Lehrlinge geht bundesweit zurück: von 125.000 im Jahr 2012 auf 108.000 im Jahr 2022. Besonders drastisch ist der Rückgang in der Gastronomie. Auch hier gibt es eine Reihe von Gründen: Manche Branchen bieten sehr schlechte Ausbildungsbedingungen, in anderen entziehen sich Betriebe ihrer Ausbildungsverantwortung.

### Wo gibt es zukünftig große Jobpotenziale?

Da die Wirtschaft auf eine klimaneutrale Produktionsweise umgestellt werden muss, entstehen aktuell viele neue Berufsfelder. Um Fachkräfte dafür auszubilden, braucht es Infrastrukturen: Der Staat muss zum Beispiel in Bildung investieren und vermehrt Lehrkräfte einstellen. Gleichzeitig muss in den kommenden Jahren der Pflegebereich ausgebaut werden. Hier braucht es staatliche Investitionen, keine Einsparungen.

### Welche Maßnahmen braucht es konkret?

Unter anderem eine Förderung attraktiver Arbeitsbedingungen in systemerhaltenden Berufen, eine Integration entmutigter Menschen in den Arbeitsmarkt und massive Investitionen in Aus- und Weiterbildung. Weitere Lösungsvorschläge finden sich in der Fachkräftestrategie der Arbeiterkammer Wien.

allerdings durch Budgetkürzungen aufs Spiel gesetzt, meint Angela Pfister. „Im Falle eines Sparpakets sind wichtige Zukunftsinvestitionen gefährdet. Es könnte bedeuten, dass wir aus der Rezession nicht herauskommen“, sagt die Expertin für Volkswirtschaft beim Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB). „Für Standort und Beschäftigung wäre das besonders schlimm.“ Soziale Leistungen im Bereich der Pflege oder der Gesundheit von Kindern könnten bedroht sein, meint Pfister. „Das wären drastische Verschlechterungen, die die Menschen deutlich spüren würden.“

Gerade jetzt seien öffentliche Investitionen gesamtgesellschaftlich nötig, findet der WIFO-Ökonom Stefan Schiman-Vukan. Er sieht den öffentlichen Sektor als wichtigen Hebel. „Öffentlichkeitsnahe Bereiche generieren Beschäftigung“, sagt er, „vor allem die Bereiche Gesundheit, Pflege und Bildung.“ Diese dürften nicht der Budgetsanierung geopfert werden, vor allem jetzt nicht, in Zeiten wachsender Arbeitslosigkeit.

„Im Bereich der ökologischen Transformation besteht die Gefahr, dass wichtige Investitionen im Verkehrsbereich nicht getätigt und dadurch die Klimaziele nicht erreicht werden“, sagt Angela Pfister. Das sei aber ein Teufelskreis, denn würden diese Klimaziele nicht erreicht, so drohten nicht nur hohe Folgekosten, sondern auch Strafzahlungen, die wiederum das Budget belasten würden. Einen Vorgeschmack auf diese Dynamik bot die Hochwasserkatastrophe in Niederösterreich im September 2024. Das WIFO verweist in seiner Prognose darauf, dass diese ein weiteres Loch in den Staatshaushalt gerissen habe, das aber noch nicht eingepreist sei.

Angela Pfister zieht aus alledem die Konsequenz, dass eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik nicht aus Stückwerk und nur kurzfristig wirksamen Maßnahmen wie zum Beispiel Einmalzahlungen bestehen dürfe, sondern grundsätzlicher und planmäßiger vorgehen müsse. „Während der Coronakrise wurden auf EU-Ebene mit dem Wiederaufbauplan dafür sogar Schritte gesetzt, die mit einem Aussetzen der Maastricht-Kriterien verbunden waren“, sagt Pfister. „Damit wollte man die Konjunktur, aber zum Beispiel auch die Gesundheitssysteme fit machen.“ Aufgrund der schlechten Konjunkturlage mache es Sinn, diesen Weg etwa mit einem neuen EU-Investitionsfonds weiterzuverfolgen.

Auch Markus Marterbauer hält geplantes staatliches Vorgehen unter Einbindung der Sozialpartner für das Gebot der Stunde: „In einer Krise ist schlecht sparen“, sagt er, „das verschärft diese möglicherweise noch. Für Österreich wäre es wichtig, dass wir eine Regierung hätten, die sofort beschäftigungs- und investitionsbelebende Maßnahmen setzt, um aus der Wirtschaftskrise herauszukommen.“ Danach, wenn die Wirtschaftsbelebung gelungen sei, müsse man sehr rasch beginnen, den Staatshaushalt wieder in Ordnung zu bringen, meint der Experte der AK Wien. Kritisch sieht er vor allem die Rolle des Arbeitsministers Martin Kocher (ÖVP), der die seit eineinhalb Jahren steigende Arbeitslosigkeit völlig ignoriert habe. „Er sagt, es sei alles stabil, aber das ist es nicht. Im Winter



**Mangelnde Investitionen in den Klimaschutz könnten das Budget belasten. „Das ist ein Teufelskreis“, sagt die Ökonomin Angela Pfister, „da verfehlte Klimaziele Strafzahlungen nach sich ziehen.“**

werden wir 30.000 bis 40.000 Arbeitslose mehr als im Vorjahr haben. Das ist brandgefährlich.“

### **Wirtschaft für die Vielen**

Einst waren mit den Sozialpartnern koordinierte staatliche Interventionen in die Wirtschaft eine Selbstverständlichkeit in Österreich. Dafür gab es sogar einen eigenen Namen: Austrokeynesianismus. Marterbauer ist der Meinung, dass sich aus dieser Zeit für das Heute lernen lässt. Als Beispiel nennt er den Ölpreisschock der 1970er-Jahre: „Aufgrund dieses Schocks kam es zu einem massiven Anstieg der Energiekosten, ähnlich wie es mit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine der Fall war“, erklärt er. Über eine paritätisch besetzte Preiskommission sei die Situation aber bewältigt worden. Dort mussten sich die Unternehmen geplante Preissteigerungen genehmigen lassen.

„Der Preisdruck konnte dadurch gedämpft werden, was im Umkehrschluss auch zu gedämpften Lohnerhöhungen führte“, so Marterbauer. Die wirtschaftliche Stabilität sei gewahrt und der Sozialstaat aufgebaut worden. „Das war ganz wichtig. Der Sozialstaat hat die Erwartungen der Menschen stabilisiert und ihnen Ängste genommen.“ Die Menschen heute seien verunsichert, meint der AK-Experte. Sie würden ihr Geld zurückhalten und deswegen weniger konsumieren. Gleichzeitig diskutiert die Politik über einen weiteren Abbau des Sozialstaats. „Für die Zukunft wünsche ich mir, dass man sich wieder an die damaligen Ansätze zurückerinnert“, sagt Marterbauer. „Darauf aufbauend ließe sich eine Wirtschaftspolitik für die Vielen gestalten.“ ▀

# *Was macht eine starke Zivilgesell- schaft aus?*

Eine starke Zivilgesellschaft ist das Rückgrat einer lebendigen Demokratie. Sie ist der Beweis dafür, dass Demokratie nicht nur durch Wahlen geformt wird, sondern so viel mehr sein kann: Eine aktive Zivilgesellschaft hinterfragt Machtstrukturen, schaut den Regierenden auf die Finger und prangert Missstände an. Wo andere wegschauen, sieht sie hin und bringt Themen wie Klimagerechtigkeit, soziale Inklusion oder Menschenrechte auf die Agenda. Die Zivilgesellschaft sollte sich aber nicht hinter diesem

sperrigen Begriff verstecken und kein elitärer Klub sein. Es geht nicht um einzelne renommierte Persönlichkeiten, die große Worte in die Kamera sprechen. Es geht um jede:n Einzelne:n von uns. Je mehr von uns Zugang zu Mitbestimmungsmöglichkeiten haben, desto besser können wir uns Gehör verschaffen. Niemand kann und soll alleine bleiben: Vernetzung und Solidarität sind das Gebot der Stunde, gerade wenn illiberale Kräfte auf dem Vormarsch sind, die die Grundpfeiler unserer Demokratie infrage stellen.



**MARIA MAYRHOFER**  
GRÜNDERIN VON #AUFSTEHN

# Eine Geschichte der Zukunft entwickeln

*Der Meinungsforscher und gebürtige Tiroler Christoph Hofinger beschäftigt sich mittlerweile seit Jahrzehnten mit dem Gemüt und den Wahlpräferenzen der österreichischen Bevölkerung. Was der Dauerkrisenmodus mit uns macht, verrät er im Interview.*

INTERVIEW SARAH KLEINER & RICHARD SOLDER

Im Meinungsforschungsinstitut FORESIGHT im achten Wiener Gemeindebezirk ist wieder Ruhe eingekehrt. Die Parkefußböden im Altbau knartschen zwar noch, aber die Nationalratswahl ist geschlagen. Die große Aufregung vom Wahlsonntag, für den FORESIGHT, ehemals SORA, traditionell die Hochrechnungen vornimmt, ist verblasst, die Sondierungsgespräche laufen. Und kurz nach einem Wahlausgang mit hohen Verlusten für die Regierungsparteien und starken Zugewinnen für die FPÖ nimmt Christoph Hofinger sich Zeit für Arbeit&Wirtschaft und ein ausführliches Gespräch über „Herzenswissen“, Sprünge der Gesellschaft und Wege aus der Krise.

**Arbeit&Wirtschaft: Herr Hofinger, seit Jahren folgt eine Krise auf die andere: Klima, Krieg, Krankheiten. Was macht das mit den Menschen in Österreich?**

**Christoph Hofinger:** In den Befragungen rund um die Nationalratswahl war deutlich zu sehen, dass wir eine verunsicherte Gesellschaft geworden sind. Die Menschen sind erschöpft und verärgert. Es gibt viel weniger Österreicher:innen, die optimistisch in die Zukunft blicken. Zudem wurden Krisenzeiten früher viel schneller überwunden. 1996 oder 2006 zum Bei-

spiel herrschte nach zwei- bis dreijährigen „Konjunkturdellen“ wieder eine klare Aufbruchsstimmung. Sowohl in den ökonomischen als auch in den sozialpsychologischen Daten war das ein klassisches Muster. Das änderte sich 2008, bei der großen Finanzkrise. Die schlimmen Folgen wurden zwar schnell überdauert, aber mit allen Nachwirkungen kam das „Jetzt geht’s wieder bergauf“-Gefühl erst Ende 2016 zurück.

**Sie meinen, diese Krisenstimmung hielt acht Jahre lang an?**

Ökonomisch haben sich viele Indikatoren schneller verbessert, aber ja, das kompakte

Erholungsgefühl in der Gesellschaft hat erst acht Jahre später wieder eingesetzt.

**Und dann kam die Coronapandemie.**

Genau, und sie hatte sehr zwiespältige Effekte auf die Gesellschaft. Ökonomisch führte sie zu einer temporären Zunahme der öffentlichen Investitionen und teilweise zu einer schnellen wirtschaftlichen Erholung. Studien zu den sozialpsychologischen Effekten zeigen, dass ein Teil der Bevölkerung wirtschaftlich getroffen wurde, aber nicht die Gesamtwirtschaft. Doch die seelischen Folgen der Pandemie sind bis heute sichtbar – in Form von Erschöpfungszuständen oder depressiven Verstimmungen zum Beispiel. Für die Mehrheit der Bevölkerung ist die Pandemie Vergangenheit, aber vor allem aufseiten der Maßnahmengegner:innen gibt es Menschen, die noch starke Emotionen haben.

**Danach gab es kaum Erholung: 2022 griff Russland die Ukraine an, was sich unter anderem mit einer exorbitanten Inflation bei uns auswirkte.**

Es ist allein schon eine Belastung, dass ein Krieg „vor unserer Haustür“ stattfindet, aber diese vormals nie erlebten Inflationszahlen haben die Gesellschaft wirklich bis ins Mark erschüttert. Wir klären in unseren

*„Es gibt gemeinsame Entwicklungen, die wir als Gesellschaft durchlaufen, aber wir atmen dann nicht durch und sagen: Das ist unser neuer Konsens.“*

Christoph Hofinger,  
Sozialforscher



*Christoph Hofinger, geboren 1967, studierte an der Universität Wien und absolvierte einen Post-Graduate-Lehrgang in Soziologie am Institut für Höhere Studien. 1996 begründete er das – damals noch – SORA-Institut mit.*

# „Wonach es die Menschen dürstet, sind Erzählungen, die sagen: Wir als Gesellschaft können etwas.“

Christoph Hofinger, Sozialforscher

Befragungen, ob Menschen bei verschiedenen Themen Zuversicht, Sorge oder Ärger verspüren. Bis Ende 2021 war es so, dass bei keinem Thema mehr als 20 Prozent der Befragten angaben: „Meine primäre Emotion ist Ärger.“ 2022 hat sich das geändert. Bei der Inflation oder den hohen Energiepreisen haben das bis zu 50 Prozent angegeben.

„Natura non facit saltus“ – die Natur macht keine Sprünge. Die Gesellschaft macht nur selten welche, aber da gab es einen. Da ist Zorn entstanden, und der ist teilweise noch immer vorhanden.

## Und in welcher Hinsicht sind Menschen pessimistisch?

Es gibt ökonomische Sorgen, sowohl hinsichtlich Makroökonomie als auch darauf bezogen, ob man selbst mit dem Einkommen auskommt. Dann gibt es – auf linker und auf rechter Seite – Sorgen, dass die Gesellschaft gewisse Lebensentwürfe von Menschen nicht mehr akzeptiert. Hierbei dürfen wir nicht vergessen, dass die Gesellschaft sich sehr schnell verändert. Die Ehe für alle zum Beispiel war vor 20 Jahren auf rechter Seite ein No-Go und auf linker umstritten. Heute gibt es dafür Mehrheiten in beinahe allen westlichen Gesellschaften. Allerdings folgt dann immer gleich die nächste Veränderung, und manchen geht das zu schnell. Es gibt gemeinsame Entwicklungen, die wir als Gesellschaft durchlaufen, aber wir atmen dann nicht durch und sagen: Das ist unser neuer Konsens.

## Wird diese Stimmungslage – Ärger, depressive Tendenzen, Zukunftspessimismus – politisch ausgenutzt?

Dafür muss die Politik diese Emotionen erst einmal wahrnehmen. Politik oder Führung holt Menschen dort ab, wo sie sind, und geht mit ihnen einen Weg. Bei der Frage, wie eine aufgeklärte Politik auf solche Emotionen reagiert, gibt es eine gewisse Verzagttheit oder Überforderung. Der Ansatz „Ängste und Sorgen der Menschen verstehen“ führt bei vielen dazu, dass sie jemandem, der Emotionen, Ärger oder Pessimismus äußert, nur ein Echo zurückspielen, und das führt möglicherweise nicht zu Lösungen.

## Was braucht es stattdessen?

Wonach es die Menschen dürstet, sind Erzählungen, die sagen: Wir als Gesellschaft können etwas. Die „Yes we can“-Botschaft (nach dem Vorbild von Barack Obama, Anm. d. Red.) ist natürlich schwierig, aber wenn sie gelingt, hat sie viel Kraft. Gleichzeitig darf die Botschaft die Verhältnisse nicht ignorieren, die diese Emotionen auslösen, das würde als lächerlich wahrgenommen.

## Sollte die Politik diese „Packen wir’s an“-Mentalität wieder stärker aufs Tapet bringen?

Politik sagt immer: Wir als Gesellschaft haben Werthaltungen und Ressourcen und nutzen sie, damit es uns in Zukunft besser oder zumindest gleich gut geht. Die Gefahr ist, bei der Tonalität danebenzugreifen. Es

ist momentan die schwierigste Aufgabe für die Politik, hier eine Balance zu finden.

Metaphorisch vergleiche ich Politiker:innen gerne mit Bergführer:innen – da merkt man, wo ich herkomme (lacht). Im Basislager vom Mount Everest, wenn ein schwieriger Anstieg bevorsteht, stellen sie sich hin und sagen: „Geht’s mit mir rauf.“ Wer da zu viel über technische Details spricht, verliert die Leute. Wer emotional Zuversicht ausstrahlt, gleichzeitig aber die Realität sieht und Werthaltungen vermittelt, mit denen man auch für unbekannte Herausforderungen gewappnet ist, der erhält schon eher das Vertrauen.

## Wie sollen Politiker:innen komplexe wirtschaftliche Themen dann kommunizieren?

Erste Empfehlung: einen Diskurs führen, bei dem Werthaltungen spürbar werden. Sie sind es, was Menschen verbindet oder trennt und Orientierung gibt. Zweitens: einfache Sprache. Gerade die ökonomische oder die Klimadebatte werden oft in einer Sprache verhandelt, die bei Menschen gar keine Emotion auslöst oder sogar Ärger, wenn sie sie nicht verstehen. Drittens, und das verbindet die ersten beiden Punkte: ein Framing überlegen. Auf welchen Spannungsfeldern erzähle ich meine Geschichte? Ist es eine Geschichte von mehr Freiheit? Ist es eine Gerechtigkeitsstory? Hier muss man Metaphern und Bilder finden. Das menschliche Gehirn braucht Metaphern, um „Herzenswissen“ zu erzeugen.



„Metaphorisch vergleiche ich Politiker:innen gerne mit Bergführer:innen“, sagt der Meinungsforscher Christoph Hofinger.

### Also nicht zu kompliziert, zu akademisch vermitteln?

Viele sind in der Kommunikation zu verkopft. Sie gehen davon aus, man müsse Fakten nur einmal aussprechen, egal, ob ein Fremdwort drin ist. Der US-Linguist George Lakoff sagt, das sei ein Fehler der Aufklärung. Man muss Emotionen ansprechen und das Hirn so adressieren, wie es ist. Das bringt mich zur vierten Empfehlung: eine dynamische Erzählung, eine Geschichte der Zukunft entwickeln. Wir sind „natural born story tellers“: Wenn ich selbst keine Geschichten erzähle, dann erfinden die Leute sie.

### Die moderne Medienlandschaft bewirkt, dass Dystopien und erschreckende Narrative viel leichter durchdringen.

Das halte ich für ein Riesenproblem. Wir wissen inzwischen, dass das Veröffentli-

### Wahlbeteiligung bei der Nationalratswahl (2024)

Quelle: Österreichisches Parlament



chen von Inhalten auf Social Media nicht mit deren Wahrheitsgehalt korreliert, sondern mit den erzeugten Emotionen. Viele Studien zeigen, dass Zeit mit Social Media zu verbringen nicht gut für die Seele ist. Wir haben noch redaktionelle Medien, die von recht vielen Leute konsumiert werden, und einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit privater Konkurrenz. Aber wenn das implodiert, brächte uns das in eine Emotionalisierungsdynamik, die von politischen Akteur:innen ausgenutzt werden könnte.

### Politikwissenschaftler wie Charles Taylor sehen steigende soziale Ungleichheit in einer Gesellschaft als Faktor für den Abbau von Demokratien. Welche Rolle spielt sie in Österreich?

Es geht bei dieser Frage nicht nur um das Einkommen, sondern um Eigentum, Bildungsressourcen, Zugang zu öffentlichen Leistungen. Es ist das große Versprechen der Demokratie, dass alle Menschen gleich viel wert sind. Und wenn sich das Gefühl verbreitet, eine Hälfte der Gesellschaft kann ein gutes Leben führen, aber für die andere ist das nicht möglich, dann entstehen eine Kränkung und das Gefühl, man sei der Gesellschaft und der Politik nichts wert. Das zeigen auch Studien der Arbeiterkammer. Menschen, die keiner klassischen Diskriminierungsgruppe angehören, sagen, dass sie sich von der sozialen Herkunft her diskriminiert fühlen. Und in dem Zorn auf

die Eliten finden sie ein Ventil. Bei den aktuellen Entwicklungen würde es sich auszahlen, gegenzusteuern. Ungleichheit ist allerdings schwer zu diskutieren, weil das Thema auch mit Scham behaftet ist.

### Die nächste Bundesregierung soll also große Probleme thematisieren, sie verständlich herunterbrechen, dringenden Handlungsbedarf und gleichzeitig dezenten Optimismus verbreiten. Keine leichte Aufgabe.

Sie muss die Realität anerkennen, aber auch, dass wir in dieser viel können und viel geschafft haben. Die Menschen vergessen gern, was für enorme Probleme wir in der Vergangenheit schon hatten und dass wir sie gelöst haben. Wir wählen Parteien auch für die unbekanntenen Variablen. Niemand wusste beispielsweise bei der Wahl 2019, dass die daraus hervorgehende Regierung eine Pandemie zu bewältigen haben würde.

Was passiert also, wenn der:die Bergführer:in schon auf dem Weg ist, und dann kracht Geröll runter vom Berg – in der Situation sind wir jetzt. Die Sonne ist weg, das Wetter wird schlecht, links und rechts fliegen die Steine herum. Die Tatsachen zu ignorieren ist da keine Option. Letztendlich wird ein:e Bergführer:in vermitteln müssen, dass wir es unter diesen Bedingungen, mit dieser Einstellung – Werthaltung – und mit jenen Ressourcen schaffen können. ▀

# Geschick im Unglück

*Nach über 40 Jahren wurde das ehemalige Opel-Werk in Wien-Aspern heuer endgültig geschlossen. Doch das Worst-Case-Szenario konnte durch die Verhandlungen des Betriebsrats und einen ausgereiften Sozialplan abgefedert werden.*

TEXT NAZ KÜÇÜKTEKIN

Als Wolfgang Prochazka im Jahr 1986 im Opel-Werk in Aspern zu arbeiten begann, waren die Geschehnisse der vergangenen Jahre noch undenkbar. Tag für Tag bediente der heute 60-Jährige Maschinen, belud sie mit Rohteilen und sorgte dafür, dass sie nach Plan funktionierten. Fast die Hälfte seines Lebens war er als Produktionsarbeiter im Werk tätig, arbeitete in Früh- und Spätschichten, zeitweise nur nachts. In seinen letzten Jahren im Unternehmen war er im Zentralmagazin, wie das große

Lager des Werks intern genannt wurde. „Es wurde pünktlich bezahlt, und die Stimmung hat auch immer gepasst“, sagt Prochazka. Jeden Tag in das rund 500.000 Quadratmeter große Firmenareal nach Aspern zu fahren habe dem Wiener Freude bereitet.

Heute stehen auf dem Parkplatz des Firmengeländes mit Dutzenden Stellplätzen nur noch vereinzelt Fahrzeuge. Am 19. Juli 2024 ging im Werk das letzte Sechs-Gang-Schaltgetriebe vom Band, die Produktion in Aspern wurde nach einem jahrelangen



Abbauprozess eingestellt. Von den rund 2.200 Beschäftigten in der Blütezeit des Werks waren zum Schluss noch knapp 300 übrig. Die Geschichte des Stellantis-Werks in Aspern ist aber nicht nur die eines Abschieds: Durch gekonntes Verhandeln des Betriebsrats und eine Kooperation mit dem Wiener Arbeitnehmer\*innen Förderungsfonds (waff) sowie dem AMS Wien ist es gelungen, eine große Zahl der „letzten“ Mitarbeiter:innen abzusichern.

## E-Mobilität verschlafen

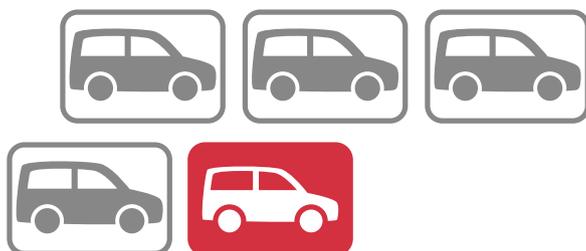
Man wolle sich in Zukunft auf Standorte konzentrieren, die besser für die Anforderungen der Elektromobilität gewappnet sind, begründete der Eigentümer des Werks, der Autokonzern Stellantis, die Schließung im Sommer 2023. „Hätte man es wirklich gewollt, hätte man hier locker auf E-Mobilität umstellen können“, ärgert sich der Angestelltenbetriebsrat Dietmar Grubhofer. „Die Kompetenzen haben wir. Das wäre wirklich kein Problem gewesen“, sagt er in seinem Büro, das er die nächsten Monate wird räumen müssen. Laut Grubhofer seien es die vergleichsweise hohen Kosten des Wiener Werks gewesen, die Stellantis nicht mehr stemmen wollte. „In den Werken in Indien sind die Personalkosten einfach niedriger als bei uns“, erklärt er. Es sei bei der Schließung schlicht und ergreifend um Gewinnmaximierung gegangen.

Seit mehr als 40 Jahren arbeitet Grubhofer in dem Werk und wird das auch bis zum Schluss tun. „Ich bleibe, solange noch Angestellte hier sind“, betont er. Seit dem Stopp der Produktion sind noch rund 50 Mitarbeiter:innen auf dem Areal, das im Jänner 2025 an die Bundesimmobiliengesellschaft übergeben werden soll. Von Monat zu Monat werden es weniger, während in den riesigen Werkshallen die Maschinen abgebaut werden. Ein Teil wird verkauft, ein Teil in andere Werke von Stellantis transportiert. Und die Autos auf dem Parkplatz werden von Monat zu Monat weniger.

Spricht man heute mit der Belegschaft des Wiener Stellantis-Werks, so fällt früher oder später der Satz: „Es war absehbar, dass es irgendwann aus sein wird.“ Denn für den fossilen Verbrennungsmotor gibt es keine glorreiche Zukunft in Europa. Laut dem

## Anteil elektrischer Pkws an allen Neuzulassungen (2023)

Quelle: Statistik Austria



**Wolfgang Prochazka arbeitete fast die Hälfte seines Lebens als Produktionsarbeiter im Stellantis-Werk in Aspern.**

Statistischen Bundesamt Deutschlands war 2023 jedes siebte neu zugelassene Auto in der Europäischen Union ein E-Auto. Auch in Österreich verzeichneten Elektroautos 2023 mit einem Anteil von 19,9 Prozent ein Rekordjahr. Und die als „Verbrenner-Aus“ bekannten Pläne der EU sehen vor, dass ab 2035 gar keine mit Diesel oder Benzin betriebenen Pkws mehr neu zugelassen werden dürfen – eine Ausnahme soll es nur für E-Fuels geben. Ab 2030 will auch Stellantis in Europa nur noch Autos mit Elektroantrieb verkaufen. Und ein Kollateralschaden dieser Entwicklung ist die Auflassung des Werks in Aspern.

## Neustart statt Abschied

Was mit den Mitarbeiter:innen passieren sollte, war eine Frage, die sehr ernst genommen wurde. Ein Jobcenter wurde ins Leben gerufen, in Workshops wurden Bewerbungstrainings abgehalten, ein Fotograf schoss die Porträtfotos für die Bewerbungen. Unternehmen wie die Wiener Linien oder die Wiener Stadtwerke besuchten das Werk, um Arbeitsplätze anzubieten. „Das Problem hier war leider, dass viele unserer Mitarbeiter:innen keine Fachkräfte, sondern nur angelernt sind“, sagt Arbeiter:innenbetriebsrat Christoph Rohm. Er schloss seine Lehre zum Elektroanlagentechniker im Werk ab und war bis zu seiner Freistellung als Betriebsrat vor allem in der Einzelteilfertigung tätig.

Auch das hohe Alter der Belegschaft sei eine Herausforderung gewesen. „Der Durchschnitt der Arbeitsjahre der Mitarbeiter:innen lag bei der Einstellung der Produktion bei 28 Jahren“, erklärt



**Konnten für die Schließung gute Bedingungen aushandeln: Angestelltenbetriebsrat Dietmar Grubhofer (links) und Arbeiter:innenbetriebsrat Christoph Rohm.**

Rohm. Viele der Mitarbeiter:innen, wie auch er selbst, hätten bisher nur in diesem einen Werk in Aspern gearbeitet und kaum eine andere Betriebsstätte kennengelernt. Einen soliden Sozialplan auszuhandeln sei deshalb essenziell gewesen. Besonderes Augenmerk wurde dabei darauf gelegt, Mitarbeiter:innen mit entsprechendem Alter ins Frühpensionssystem zu überführen, Freistellungen zu gewährleisten und eine Abfertigung bereitzustellen, mit der man auch einige Zeit ohne Anstellung auskommen könnte.

„Es haben wirklich alle an einem Strang gezogen und geschaut, dass die Mitarbeiter:innen gut aussteigen“, betont Dietmar Grubhofer. „Von den beiden Gewerkschaften GPA und PRO-GE gab es auch wichtige Unterstützung.“ Man kenne auch viele Gewerkschafter:innen seit Jahrzehnten. Von „fast Verbündeten“ aufseiten der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats spricht zudem Arbeiter:innenbetriebsrat Rohm: „Wir hatten immer ein gutes Gesprächsklima. Man hat gemerkt, dass vielen etwas an den Leuten gelegen ist“, sagt er. Mit dem ausgehandelten Sozialplan sei man jedenfalls zufrieden – zumindest, soweit das die Umstände zulassen. „Ich denke, von unseren Mitarbeiter:innen muss niemand für die Zeit danach einen Verlust des bisherigen Lebensstandards befürchten“, ist sich Rohm sicher.

## **Das Ende einer Ära**

Geschafft habe man das auch über eine eigens eingerichtete Unternehmensstiftung – und die gibt es nicht zum ersten Mal: „Ich habe den Aufstieg und Zerfall des Werks miterlebt“, sagt Franz Fallmann wehmütig. 2018, als im Werk 400 der damals 1.200 Stellen gestrichen wurden, war er noch Angestelltenbetriebsrat. Auch damals hatte man über eine Stiftung versucht, die Belegschaft beruflich aufzufangen. „Bei den vorherigen Sozialplänen ging es allerdings



**Bis zum Jahresende arbeiten noch etwa 50 Personen im Stellantis-Werk in Aspern, danach wird das Gelände an die Bundesimmobiliengesellschaft übergeben.**

um eine Verkleinerung der Belegschaft, nie um die komplette Schließung des Betriebs“, so Fallmann. Mit seinem Nachfolger und langjährigen Kollegen Grubhofer verbindet ihn auch nach seiner Pensionierung im Jahr 2022 eine Freundschaft. Die jetzige Situation sei für beide außergewöhnlich.

*„Von unseren Mitarbeiter:innen muss niemand für die Zeit danach einen Verlust des bisherigen Lebensstandards befürchten.“*

**Christoph Rohm, Arbeiter:innenbetriebsrat**

Franz Fallmann und Dietmar Grubhofer haben beide in den 1980er-Jahren bei Opel zu arbeiten begonnen und damit den Großteil der Werksgeschichte selbst miterlebt. Es war in den späten 1970er-Jahren, als Österreich um die Ansiedlung internationaler Industriebetriebe buhlte. Große Unternehmen sollten her, um neue Arbeitsstellen zu schaffen und die heimische Wirtschaft anzukurbeln. Die Eröffnung des Opel-Werks in Wien-Aspern galt als einer der großen Meilensteine dieser Bemühungen. Der damalige Bundeskanzler Bruno Kreisky höchstpersönlich spielte bei der Errichtung des Opel-Werks in Wien-Aspern eine maßgebliche Rolle. Am 23. August 1979 unterzeichnete er mit Helmuth Schimpf, Generaldirektor bei General Motors Austria, den Vertrag für die Errichtung des Motorenwerks.

In den Anfangsjahren konzentrierte man sich auf die Herstellung von Vierganggetrieben und sogenannten Familie-1-Motoren. Im Laufe der Jahre erweiterte sich die Produktion jedoch auf verschiede-



**Mit einer Unternehmensstiftung neue Chancen schaffen:  
„Für so eine große Schließung funktioniert das wirklich gut“,  
sagt Alexander Juen vom waff.**

ne Getriebe- und Motormodelle. 1989 wurde der zweimillionste Motor gefertigt, und 1999 verließ das zehnmillionste Getriebe das Werk. Von den goldenen Jahren sollte bei den Opel-Werken allerdings drei Jahrzehnte später wenig übrig bleiben – nicht einmal der Name.

2005 ging das Werk nach dem Ende eines Joint Ventures zwischen General Motors und Fiat vollständig an General Motors. 2017 wurde Opel von der PSA-Gruppe, die später gemeinsam mit Fiat Chrysler Automobiles zu Stellantis fusionierte, übernommen. Bereits im selben Jahr drohte der Konzern, das Werk in Aspern zu schließen. Die Stadt Wien half mit Subventionen aus, und das Unternehmen, der Betriebsrat, der waff und das AMS Wien richteten die erste gemeinsame Unternehmensstiftung ein. Während 2021 die Peugeot-Mutter PSA und Fiat-Chrysler zu Stellantis fusionierten, schrumpfte das Werk in Aspern immer mehr zusammen. 2020 verlor der Produktionsstandort schließlich auch den letzten Großauftrag von General Motors. Das Ende wurde absehbar.

## Plätze in der Unternehmensstiftung

Quelle: waff

210

„Es war klar, dass die Schließung besonders kritisch würde, da wir es hier auch mit einer atypischen Belegschaft zu tun haben“, sagt Alexander Juen, stellvertretender Geschäftsführer des waff. Er begleitet die heuer eingerichtete Unternehmensstiftung zur endgültigen Schließung des Stellantis-Werks in Aspern. Was er konkret meint, ist der hohe Altersdurchschnitt der Belegschaft. „Mehr als 60 Prozent der Mitarbeiter:innen sind über 50 Jahre alt“, sagt er. „Und ältere Menschen werden auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor diskriminiert.“ Mit der Stiftung soll dem entgegen gewirkt werden. „Für so eine große Schließung funktioniert das auch wirklich gut“, betont Juen. Mehr als 350 ehemalige Mitarbeiter:innen haben das Angebot bisher schon genutzt.

Bis Ende 2026 können insgesamt bis zu 210 Mitarbeiter:innen in die nun eingerichtete Unternehmensstiftung eintreten. Wer das tut, kann theoretisch bis zu vierjährige Aus- und Weiterbildungen absolvieren und dabei Arbeitslosengeld inklusive einer „ausbildungsbedingten Zuschussleistung“, die monatlich ausbezahlt wird, beziehen. Neben weniger erwartbaren Neuausrichtungen wie Fitnesstrainer:in oder Kindergartenpädagog:in ist bei den ehemaligen Stellantis-Mitarbeiter:innen besonders die Ausbildung zum:zur Betriebslogistiker:in sowie zur Lagerlogistiker:in beliebt.

## Weitermachen

Den ehemaligen Produktionsarbeiter Wolfgang Prochazka trifft man deshalb heute nicht mehr in Aspern an. Morgens fährt er mittlerweile in die komplett entgegengesetzte Richtung: In Favoriten absolviert er beim Institut Dialogica eine Ausbildung zum Betriebslogistiker. Zwei Kurse der Ausbildung hat er schon hinter sich, aktuell bereitet er sich auf einen Englisch-Block vor, EDV steht auch noch auf dem Plan. Aufregend sei sie, die neue Lebensphase. Schön finde er, wieder etwas Neues lernen zu dürfen, auch wenn es anstrengend sei.

„Ich habe zum Schluss auch bei Stellantis recht viel am Computer gemacht“, erzählt Prochazka. „Das hat mir gut gefallen.“ Als es bei dem Werk endgültig aus war, musste schließlich etwas Neues her. Februar 2024 endete Prochazkas Dienstverhältnis, einige Monate zuvor war er bereits freigestellt worden.

Das Ende des Werks sei aus seiner Sicht so angenehm abgelaufen wie nur möglich. „Wir sind trotz der Schließung gut versorgt“, sagt der 60-Jährige. Er konnte durch die Maßnahmen auch finanziell gut aus dem Betrieb aussteigen. Bis Frühjahr 2025 wird Wolfgang Prochazka sich noch weiterbilden. Wie es danach weitergeht, ist ungewiss. „Ich würde schon noch gerne etwas machen, aber die Bedingungen müssen passen. Und in meinem Alter ist das schon schwierig“, sagt er. Sollte er nichts Passendes finden, sei das aber auch in Ordnung. Auf eine Anstellung sei er zum Glück nicht angewiesen. ►

# Aufprallschutz bei Firmenpleiten

*Insolvenzen gehören zur DNA einer Marktwirtschaft ebenso dazu wie Firmengründungen. Doch die Zahlungsunfähigkeit eines Betriebs ist stets eine heikle Belastung für Arbeitnehmer:innen. Im Ernstfall heißt es: Kopf über Wasser und auf die eigenen Rechte pochen.*

TEXT SOPHIA FIELHAUER UND CHRISTIAN RESEI



Es war ein Freitagnachmittag im Jahr 2020, eine halbe Stunde vor Feierabend, als man im niederösterreichischen Ebreichsdorf auf Gold stieß. „Spektakuläres wird zumeist nebenbei entdeckt“, erzählt der Archäologe Dominik Bochatz. Bei Aushubarbeiten für die Erweiterung der Zuglinie von Wien nach Pottendorf entdeckte die Novetus GmbH den sogenannten „Goldschatz von Ebreichsdorf“. Die fünfteilige Pracht aus der Spätbronzezeit, darunter eine Goldschale, ist seit Kurzem im Naturhistorischen

Museum zu sehen. „Als archäologischer Dienstleister können wir solche Funde fachgerecht bergen“, weiß Bochatz.

Seit 2023 hat er die Aufgaben des Betriebsrats bei der Novetus GmbH in Wien inne. Auf die goldenen Jahre folgten für den Betrieb karge. Die regelmäßigen Besprechungen mit der Geschäftsführung, die Bochatz in seiner Funktion führte, zeigten bald: Für die Firma wurde es eng. Im Mai 2024 meldete sie Insolvenz an – und ist damit bei Weitem kein Einzelfall: Der Kreditschutzverband

1870 vermerkte bis Ende September 2024 um ein Viertel mehr Insolvenzen in Österreich als im Vergleichszeitraum des Vorjahres, wozu auch die Rekordpleiten des Firmenkonstrukts Signa beige-tragen haben. Aber was bedeutet eine Insolvenz in der Praxis? Wie kann sie für Arbeitnehmer:innen glimpflich abgewickelt werden? Und was macht der Betriebsrat?

## Wissen, wenn's brennt

Oft würden Unternehmen der Belegschaft keine Details über ihre wirtschaftliche Lage verraten, deshalb sei es „für einfache Mitarbeiter:innen schwer zu erkennen, wie es der Firma wirklich geht“, erklärt Martin Müller, Leiter des Referats Rechts- und Kollektivvertragspolitik im ÖGB. Allerdings gebe es Indizien: „Wenn Lieferant:innen zunehmend ungehalten werden und nur mehr gegen Barzahlung ihre Ware liefern, könnte das ein Anzeichen für höhere Schulden sein“, sagt er. Andererseits halten manche Firmen ihre Lieferant:innen aus taktischen Überlegungen hin.

Auf jeden Fall ist das Betriebsratsgremium gefragt, relevante Daten und Informationen einzuholen. Im Gegensatz zu „einfachen Mitarbeiter:innen“ hat es wirtschaftliche Mitbestimmungsrechte, muss über die Geschäftsentwicklung informiert werden und kann den Jahresabschluss einsehen. Ebenso kann der Betriebsrat betriebliche Kennzahlen daraus von der Arbeiterkammer (AK) oder den Gewerkschaften analysieren lassen.

Arbeitsverträge bleiben jedenfalls auch im Insolvenzfall aufrecht, und die Arbeitnehmer:innen haben noch immer die gleichen Pflichten. Die Funktion des Arbeitgebers bzw. der Arbeitgeberin übernimmt der:die Insolvenzverwalter:in: Urlaube, Krankenstände, Kündigungen etc. fallen in seine:ihre Zuständigkeit. In der Regel ist eine Insolvenz sehr belastend für Mitarbeiter:innen, denn ab der Insolvenzeröffnung darf das Unternehmen keine Löhne mehr ausbezahlen. Im Unterschied zu anderen Gläubiger:innen, die sich mit einer Quote begnügen müssen, sind Arbeitnehmer:innen bei der Rückforderung ihres Geldes aber weitgehend abgesichert.

„Um diese Absicherung in Anspruch nehmen zu können, müssen Arbeitnehmer:innen ihre Forderungen auch im gerichtlichen Insolvenzverfahren anmelden“, erklärt Karin Ristic, Leiterin der AK-Wien-Abteilung Insolvenzschutz. Die AK berät und bietet eine kostenlose Vertretung durch den Insolvenzschutzverband für Arbeitnehmer:innen (ISA) im Verfahren an. Ist es erfolgreich, wird das Geld vom Insolvenz-Entgelt-Fonds (IEF) überwiesen. Dieser wurde 1978 geschaffen. Arbeitgeber:innen zahlen einen Zuschlag zum Arbeitslosenversicherungsbeitrag in den Fonds ein, der IEF kommt dann im Rahmen der gesetzlichen Grenzen für die Löhne und Gehälter auf.

Über die ausständigen Forderungen entscheidet die IEF-Service GmbH im Zuge eines Verwaltungsverfahrens mit Bescheid. „Bei Betrieben mit korrekten Lohnabrechnungen gibt es die ersten Zahlungen oft schon wenige Wochen nach Antragstellung“, sagt

# FÜNF FAKTEN ZUM THEMA

## 1 / Wer hat Anspruch auf Insolvenz-Entgelt?

Wenn ein Unternehmen zahlungsunfähig wird und keine Löhne oder Gehälter mehr ausbezahlen kann, bekommen die Beschäftigten das Insolvenz-Entgelt aus dem Insolvenz-Entgelt-Fonds (IEF). Anspruch darauf haben: Arbeitnehmer:innen (einschließlich Lehrlinge); freie Dienstnehmer:innen und Heimarbeiter:innen.

## 2 / Wer hat keinen Anspruch auf Insolvenz-Entgelt?

Werkvertragsnehmer:innen, atypisch Beschäftigte ohne Arbeitsvertrag, Arbeitnehmer:innen in einem Dienstverhältnis zum Bund, einem Bundesland, einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband sowie Gesellschafter:innen mit beherrschendem Einfluss auf die Gesellschaft können diese Leistung nicht in Anspruch nehmen.

## 3 / Was umfasst das Insolvenz-Entgelt?

Das Insolvenz-Entgelt wird höchstens bis zu einem monatlichen Bruttobetrag von 12.120 Euro übernommen. Dieser Betrag ist abhängig von der jährlich festgesetzten Höchstbeitragsgrundlage zur gesetzlichen Sozialversicherung. Ebenfalls inbegriffen: laufende Entgelte (Löhne, Gehälter, Überstundenzahlungen etc.) und Sonderzahlungen (Urlaubs- und Weihnachtsgeld) sowie, falls es zu einer Kündigung kommt, allfällige Kündigungsentschädigung, Urlaubersatzleistung und, wenn jemand noch darunter fällt, die Abfertigung alt.

## 4 / Was tun bei Unsicherheit über ein Arbeitsverhältnis?

Einen großen Versicherungsdatenauszug bei der Gesundheitskasse anfordern. Dort ist ersichtlich, bei welcher Firma der:die Versicherte gemeldet ist und über welche Zeiträume (die „Versicherungszeiten“) jemand versichert ist. Auch enthalten ist das jeweilige sozialversicherungspflichtige Einkommen inklusive Sonderzahlungen (die „Beitragsgrundlage“).

## 5 / Recht auf einen Dienstzettel

Da Arbeitnehmer:innen keinen Anspruch auf Ausstellung eines schriftlichen Arbeitsvertrages haben, ist der Dienstzettel besonders wichtig. Dieser enthält die wesentlichen Rechte und Pflichten aus dem Arbeitsvertrag.



„Wir sind vorsichtig optimistisch“, sagt Dominik Bochatz. Das Betriebsratsmitglied hat bei der Firma Novetus gerade eine Insolvenz miterlebt, der Betrieb kann jedoch weitergeführt werden.

AK-Expertin Ristic. „Problematisch wird es, wenn es keine Lohnunterlagen gibt oder die Arbeitgeber:innen das System missbrauchen.“ Etwa, wenn es zu einem Betriebsübergang komme und die Arbeitnehmer:innen darüber nicht informiert würden.

Ein Negativ-Beispiel: Ein Café wird von einer neuen Firma übernommen, die Belegschaft ohne ihr Wissen umgemeldet, und der alte Betrieb geht in die Insolvenz. Daraufhin erhalten die Mitarbeiter:innen keine Gehaltszahlungen mehr. Im Verfahren müsste dann erst überprüft werden, ob ein Betriebsübergang stattgefunden hat und ob die neue Firma für die Ansprüche haftet. „Die Arbeitnehmer:innen müssen arbeitsrechtlich parallel gegen die vermeintliche Übernahmefirma vorgehen. Bis es zu einem Ergebnis kommt, warten sie oft lange auf ihre Ansprüche“, weiß Philipp Plasser von der AK-Wien-Abteilung Insolvenzschutz.

Besonders Arbeitnehmer:innen, die ihren Lohn bar auf die Hand bekommen, zählen bei einer Firmenpleite meist zu den Verlierer:in-

nen. Im Baugewerbe werden Löhne oft nur mündlich versprochen. Ein paar Monate lang wird bar ausbezahlt, ohne dass Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge abgeführt werden. Dann geht das Bauunternehmen – oft eine von zahllosen Scheinfirmen – pleite. Bei Scheinunternehmen storniert die Gebietskrankenkasse allerdings die Versicherungszeiten von Arbeitnehmer:innen – auch rückwirkend. Damit verlieren sie, obwohl sie auf den Baustellen gearbeitet haben, Ansprüche auf Krankengeld, Arbeitslosengeld und Pensionszeiten, die sie bei einem regulären Arbeitsverhältnis hätten.

Leider ist die Gründung von Scheinunternehmen vor Weihnachten auch eine bekannte Taktik im Kleintransportgewerbe. „Sie dienen als Subunternehmen für bekannte Versandfirmen“, sagt Philipp Plasser. „Die Mitarbeiter:innen arbeiten in der Vorweihnachtszeit über ihre Belastungsgrenzen hinaus und schauen dann durch die Finger.“ Schon lange fordere die AK deshalb eine Auftraggeber:innen-Haftung. Damit wären die Großunternehmen für die sozialen Verstöße ihrer Subfirmen haftbar.

## Bedeutung des Betriebsrats

Gerät eine Firma in die Insolvenz, ist der Betriebsrat in jedem Fall in höchstem Maße gefordert. „Die Arbeit intensiviert sich“, weiß Dominik Bochatz aus leidiger Erfahrung. Besonders schwierig hätten sich die Monate vom Durchsickern hartnäckiger Pleite-Gerüchte bis zur Auszahlung der ersten Löhne in der Insolvenz gestaltet. Das Positive im Ärgernis: „Die Geschäftsführung hat mit uns kooperiert, und wir haben intensiv mit der Gewerkschaft für Privatangestellte und der AK zusammengearbeitet.“

Einen gewichtigen Teil der Betriebsratsarbeit sieht Bochatz im „offenen Ohr“ für alle Mitarbeiter:innen. Die Organisation von Mietaufschüben, Schuldnerberatung, Mietkostenberatung der Stadt Wien und schlicht moralische Unterstützung sind das, was das Betriebsratsteam in solchen Zeiten leisten muss. Trotz aller Unterstützung bleibt eine Insolvenz stets ein tiefer Einschnitt in das Leben von Arbeitnehmer:innen. „Wir haben einen hohen Anteil an Teilzeitmitarbeiter:innen“, sagt Bochatz. „Das heißt, die Leute haben zumeist nicht so viel Geld in der Tasche.“ Im Laufe des Verfahrens wurden auch Kündigungen ausgesprochen. Da sei es wichtig, Betroffene auch an Beratungsstellen weiterzuleiten oder mit der Geschäftsführung noch einmal über gewisse Punkte zu verhandeln.

Das Novetus-Team arbeitet nun weiter, jedoch mit radikal verknapptem Personal. Die bisher 70-köpfige Belegschaft ist auf die Hälfte geschrumpft. „Bei dieser Zahl an Mitarbeiter:innen kennen einander die meisten ziemlich gut“, sagt Bochatz. „Die Kündigungen haben die Stimmung getrübt, schließlich sind es Menschen, mit denen wir täglich zusammengearbeitet haben.“ Der Betrieb habe sich jedoch mit den Schuldner:innen auf die Abzahlung einer Quote geeinigt, und positiv sei auch, dass der gewohnte Arbeitsalltag weitergehen kann. „Wir sind vorsichtig optimistisch“, sagt Bochatz. ▀

## Insolvenzen pro Tag in Österreich (bis inkl. Q3, 2024)

Quelle: KSV1870



# Wie geht es den Beschäftigten?

Die Zeiten sind alles andere als rosig, und insbesondere in der Pflege, Pädagogik und Bauwirtschaft machen sich Rezession und Personalmangel bemerkbar. Wir haben bei Betriebsräten nachgefragt, wie es den Arbeitnehmer:innen in den Branchen damit geht.

Recherche – Vanessa Kovar



## KARIN SAMER

### BETRIEBSRATSVORSITZENDE BEI DEN WIENER KINDERFREUNDEN

Wir sind müde und erschöpft, um es auf den Punkt zu bringen. Auf der einen Seite versucht das pädagogische Personal, mit den Kindern wertvoll und individuell zu arbeiten, auf der anderen Seite sind die Arbeitsbedingungen zu anstrengend. Für die notwendige Entlastung braucht es mehr Personal, das zur gleichen Zeit zur Verfügung steht, kleinere Kindergruppen und ausreichend Vor- und Nachbereitungszeit.



## CHRISTIAN SAMBS

### BETRIEBSRATSVORSITZENDER BEI HAZET

Die Beschäftigten in der Bauwirtschaft sind stark verunsichert, denn Unternehmen sind vermehrt von Insolvenzen betroffen. Wir erleben eine enorme Auftragsflaute im Hochbau, und es gibt heuer mehr Arbeitslose als noch vor einem Jahr. Zur Bekämpfung der Krise braucht es eine Wohnbauoffensive, zum Beispiel durch die Zweckbindung der Wohnbauförderungsbeiträge oder eine Lockerung der KIM-Verordnung, die die Wohnkreditvergabe regelt.



## ANDREA WEBER

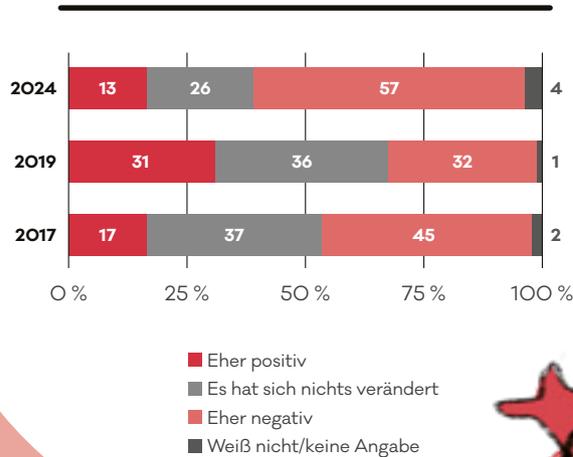
### BETRIEBSRATSVORSITZENDE BEI SILBERHOAMAT

Große Arbeitsmengen und intensive Tätigkeiten lasten auf den Kolleg:innen des Pflegeheims. Alle haben reichlich zu tun. Grundsätzlich ist das Arbeitsklima aber sehr gut, auch dank eines menschlichen und empathischen Leitungsteams. Dennoch erleben wir Langzeitkrankstände und psychische Erkrankungen in der Belegschaft. Sobald jemand Probleme äußert, stehen wir mit Angeboten und Anlaufstellen bereit.

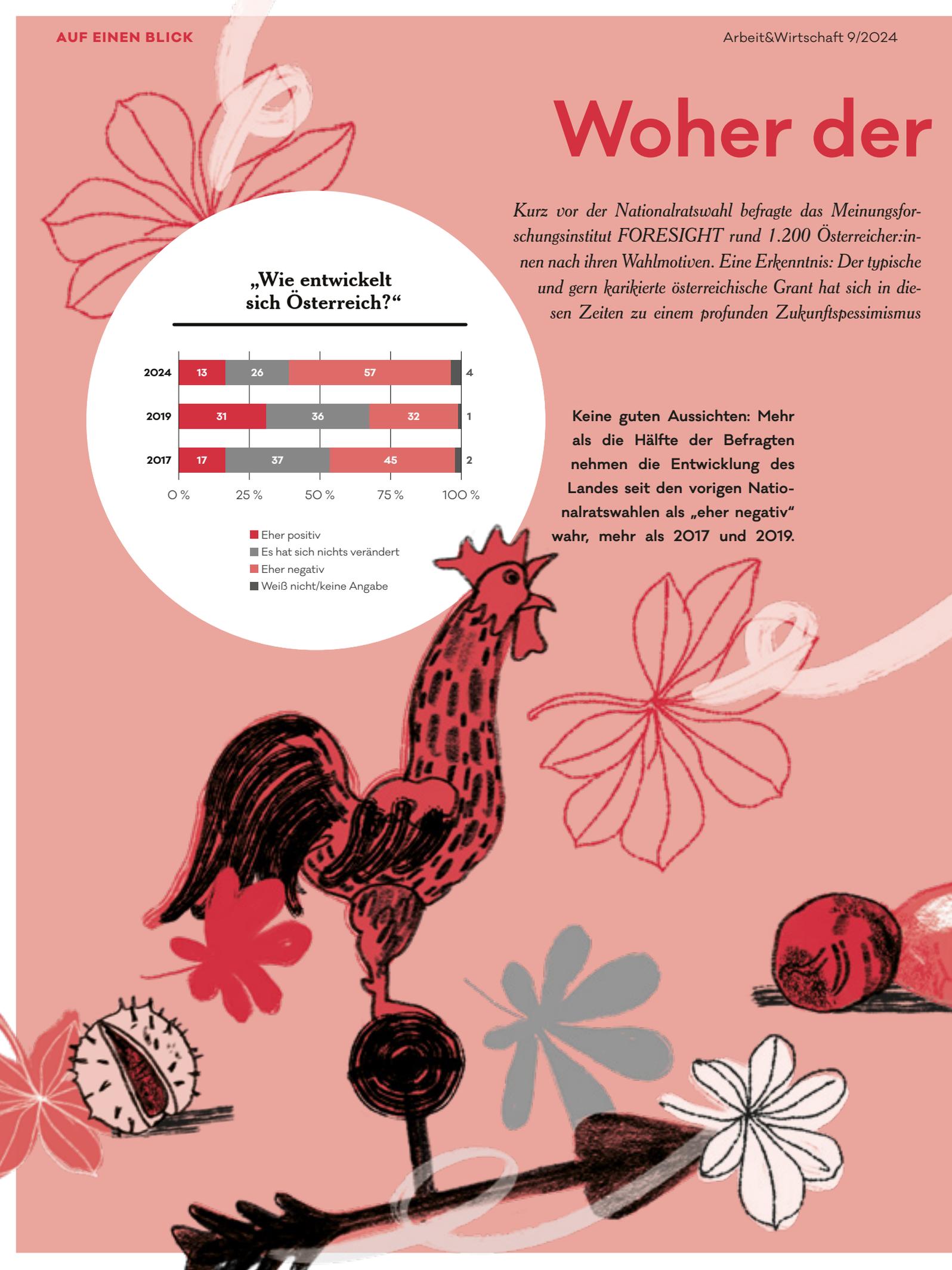
# Woher der

*Kurz vor der Nationalratswahl befragte das Meinungsforschungsinstitut FORESIGHT rund 1.200 Österreicher:innen nach ihren Wahlmotiven. Eine Erkenntnis: Der typische und gern karikierte österreichische Grant hat sich in diesen Zeiten zu einem profunden Zukunftspessimismus*

## „Wie entwickelt sich Österreich?“



**Keine guten Aussichten: Mehr als die Hälfte der Befragten nehmen die Entwicklung des Landes seit den vorigen Nationalratswahlen als „eher negativ“ wahr, mehr als 2017 und 2019.**

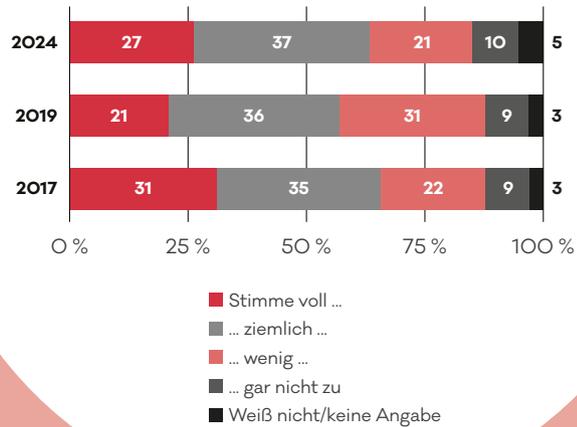


# Wind weht

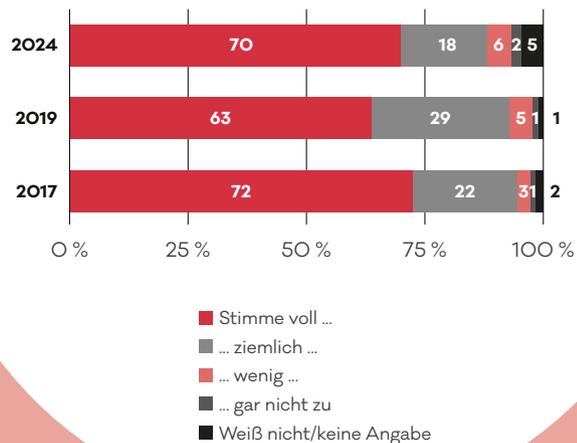
*ausgeweitet. Immer weniger Menschen haben den Eindruck, dass sich die Republik gut entwickelt. Die Stimmungslage verdeutlicht einen Auftrag an die kommende Regierung: Das Land braucht dringend Perspektiven und einen Weg in eine positive Zukunft.*

**Keine gute Vertretung:** Mehr als 60 Prozent der Befragten gaben an, das Gefühl zu haben, ihre Interessen würden für die Politik keine Rolle spielen. Etwas mehr waren es im Jahr 2017.

## „Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler:innen, ihre Anliegen interessieren sie nicht“



## „Die Demokratie mag Probleme mit sich bringen, aber sie ist die beste Regierungsform“



**Ein Ja zur Mitbestimmung:** Ein erfreuliches Ergebnis brachte die Befragung auch, denn der Zuspruch zur Demokratie als beste Regierungsform stieg im Vergleich zu 2019 wieder an.

# Billige Klicks

***Bis eine künstliche Intelligenz ein Auto oder eine Drohne steuern kann, muss sie mühsam von Hand trainiert werden. Multinationale Tech-Konzerne lagern diese Klick-Arbeit nach Afrika aus und bauen dabei auf prekäre Arbeitsbedingungen.***

TEXT SIMONE SCHLINDWEIN

In einer Firmenzentrale in Ugandas Hauptstadt Kampala wähnt man sich im ersten Moment in einem Büro des afrikanischen Silicon-Valley: Die Wände sind mit bunten Stoffen verziert, alte Glasflaschen baumeln von der Decke, Ranken wachsen aus ihnen und schlängeln sich an den Aufhängungen empor. In der büroeigenen Kantine steht ein Behälter voller Lollipops zur freien Entnahme. Geschäftsführer Joshua Okello sitzt gemeinsam mit einigen Kolleg:innen im Erdgeschoß des gläsernen

Bürogebäudes vor seinem Laptop. Er wirkt geschäftig. Was seine über 500 Angestellten hier machen, geschieht im Schichtbetrieb. Jeder ihrer Mausklicks wird registriert.

Das Start-up, das in Ostafrika Aufträge für Tech-Giganten aus dem echten amerikanischen Silicon Valley übernimmt, heißt Sama. Auf der Website sind die Kunden gelistet: Google, Ford, Walmart, Sony, BMW, Ebay, Meta – multinationale Konzerne mit Milliardenumsätzen. Sie lagern arbeitsintensive und eintönige Jobs nach

Uganda und Kenia aus, etwa die Moderation von Postings auf sozialen Onlineplattformen oder das Training der künstlichen Intelligenz (KI), die in Zukunft selbstfahrende Autos navigieren soll. Denn bis diese KI richtig entscheidet, bei welchem Straßenschild das Fahrzeug Vorfahrt geben muss, wird sie von Afrikaner:innen von Hand und per Mauszeiger trainiert. Den ganzen Tag führen sie immer wieder die gleichen Klicks durch. „Stell dir vor, es gibt einen Kunden in Deutschland, der



eine Softwareingenieursfirma benötigt“, erklärt Geschäftsführer Okello das Konzept. „Anstatt vor Ort bis zu 50.000 Euro auszugeben, kann er uns für denselben Job weit weniger bezahlen.“ Er klappt seinen Computer auf und zeigt ein Beispiel: „Sagen wir, ein Unternehmen baut Roboter, die Äpfel ernten, und es möchte einem Algorithmus beibringen, die Äpfel zu erkennen, die 92 Prozent Reifegrad haben“, sagt Okello. Er zeigt auf zwei Fotos auf dem Bildschirm: eines mit einem grünen, unreifen und eines mit einem roten, reifen Apfel. „Also genau, wenn sie diese Farbe haben, sollen sie gepflückt werden. Wir trainieren eine KI anhand dieser Bilder so, dass sie lernt, die richtigen Äpfel zu identifizieren“, so Okello. „Im Grunde genommen ist das, als würde man einem Kind etwas beibringen.“

### Mühsame Kleinstarbeit

Im großen Raum neben dem Chefbüro des 35-jährigen Softwareingenieurs blicken 150 junge Ugander:innen gebannt auf ihre Bildschirme. Die Vorhänge sind zugezogen. Es ist düster und stickig. Auf einem der Monitore ist das Innere eines Warenhauses zu erkennen: Regale voller Pakete. Per Mauszeiger wird der Greifarm eines Roboters gesteuert. Ihm wird beigebracht, wie er die richtige Kiste aus dem Regal zieht. Geredet wird kaum, im Hintergrund dudelt leise das Programm eines Radiosenders. Konzentration ist angesagt, jeder Mausklick muss sitzen.

Früher hätten sich Firmen, die monotone oder „niedere“ Aufgaben in Billiglohnländern auslagern wollten, vor allem nach Indien gewandt, erklärt Okello. Doch auch dort steigen mittlerweile die Löhne. Afrikanische Staaten wie Kenia oder Uganda seien deswegen ein exzellenter Standort zum Outsourcen. „Wir sprechen English, sind ungefähr in derselben Zeitzone wie europäische Kund:innen, und wir kennen die westliche Kultur, weil wir dieselben Filme und dieselbe Musik konsumieren“, sagt



Die Politanalystin Nanjira Sambuli forscht zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf die afrikanische Gesellschaft.

der Geschäftsführer. Die Arbeitskräfte seien um ein Vielfaches billiger, in Uganda liege der gesetzliche Mindestlohn bei umgerechnet zwei Euro pro Tag.

Gegründet wurde Sama von einer US-amerikanischen Geschäftsfrau namens Leila Janah. 2020 ist sie im Alter von 37 Jahren an einer Krankheit verstorben. Die Tochter indischer Einwander:innen eröffnete während ihres Studiums der Afrika-Wissenschaften 2008 in Indien und später in Kenia die ersten Standorte, um Programmierarbeit in Niedriglohnländern auszulagern. Erklärtes Ziel der Start-up-Unternehmerin war es, Arbeitsplätze für junge Leute in Afrika zu schaffen.

Sama wäre eines der ersten Unternehmen, die nach dem Ende des Bürgerkrieges im Norden Ugandas kriegstraumatisierten Jugendlichen Arbeit geboten hätten, so Okello. Damals kooperierte die Vorgängerorganisation von Sama, rechtlich noch eine NGO, mit dem internationalen Hilfswerk Oxfam. „Bringe Jobs statt Hilfsgüter“ sei seit jeher die Ideologie von Sama. In der nordugandischen Stadt Gulu arbeiten heute rund 400 junge Ugander:innen für die Firma, 2019 eröffnete Sama den Standort in der Hauptstadt und stellte weitere 150 Leute an. Neben Kenia ist Uganda mittlerweile das zweitwichtigste Sama-Standbein in Afrika. Inzwischen wurden selbst in Ke-

nia gigantisch großen Flüchtlingslagern mitten in der Wüste Standorte eröffnet, um die Geflüchteten als Online-Billiglohnarbeiter:innen anzustellen.

### Vom Klicker zum Vorgesetzten

„Wir bilden unsere Mitarbeiter:innen selbst aus“, sagt Uganda-Geschäftsführer Okello. Um bei Sama eine KI zu trainieren, brauche man keine Fähigkeiten. „Man muss nicht einmal einen Schulabschluss haben. Die meisten Leute hier haben noch nie in ihrem Leben einen Computer gesehen, bevor sie bei uns angefangen haben.“

Bruno Kayiza ist einer jener jungen Sama-Mitarbeiter:innen, bei denen „Jobs statt Hilfsgüter“ zu Erfolg geführt hat. Wohl deswegen wurde er gezielt ausgesucht, um seine Geschichte im Interview mit Arbeit&Wirtschaft zu erzählen – mit anderen Mitarbeiter:innen in dem großen stickigen Raum darf kein spontanes Interview geführt werden. Das Unternehmen legt viel Wert darauf, dass nur Informationen an die Öffentlichkeit dringen, die ins Image passen.

Der 31-jährige Kayiza, in Jeans und Poloshirt mit Firmenlogo auf der Brust, gilt als Vorzeigekandidat. Geboren und aufgewachsen in der Hauptstadt Kampala, erhielt er 2012 ein staatliches Stipendium, um an der Universität in Gulu Wirtschaft und



Datenmanagement zu studieren. Der Firmenstandort von Sama sei in umgebauten Containern direkt neben dem Uni-Campus gelegen, wie er erzählt. „Ich war neugierig, was da passiert, und habe mich eines Tages dort vorgestellt“, sagt Kayiza. Mit Erfolg: Vier Jahre lang habe er bei Sama Robotern beigebracht, wie reife Äpfel aussehen, dann sei er zum Teamleader aufgestiegen.

Schritt für Schritt erklimmt Kayiza die Karriereleiter. Mittlerweile ist er am Standort in Gulu für 418 Leute zuständig, die dort in zwei Schichten Tag und Nacht im Akkord immer wieder dieselben Klicks tätigen. Eine digitale Stundenuhr am PC registriert jeden einzelnen. Kayiza lobt die Chancen, die Sama jungen Leuten biete. „Die Arbeit ist interessant, und das Gehalt ist gut“, sagt er. Es liege rund 20 Prozent über dem, was ungelernete Arbeiter:innen in Uganda in der Regel verdienen würden. Hinzu kämen soziale Absicherungen wie eine kostenlose Krankenversicherung und ein günstiges Mittagessen, was in Uganda keine Selbstverständlichkeit sei, so Kayiza.

### Wenig Chancen für Junge

Länder wie Uganda oder Kenia haben eine der höchsten Geburtenraten der Welt und dadurch eine enorm hohe Jugendarbeits-

losigkeit. In Anbetracht der Masse an arbeitssuchenden Jugendlichen sei Afrika ein „wirklich komplizierter Arbeitsmarkt“, so Kayiza. Und selbst für Leute wie ihn, die Wirtschaftswissenschaften oder Betriebswirtschaftslehre studiert hätten, gebe es oft keine Anstellung. So würden Akademiker:innen meist als Gärtner:innen, Nachwächter:innen oder an der Supermarktkasse enden. Im Vergleich dazu sei die Arbeit bei Sama „ein echt guter Job“, sagt Kayiza und nickt zustimmend.

Doch mittlerweile sind die Outsourcing-Praktiken der Tech-Konzerne und Sama selbst in Verruf geraten. Im Jahr 2022 zog ein Sama-Mitarbeiter in Kenia vor Gericht und verklagte die Firma sowie deren Auftraggeber Meta wegen schlechter Arbeitsbedingungen und fehlender psychologischer Unterstützung. Im Laufe des Prozesses stellte sich heraus, dass die Sama-Mitarbeiter:innen im Auftrag von Meta die Inhalte von Facebook-Nachrichten prüfen mussten, oft 700 Textpassagen pro Tag, meist mit sexuell konnotiertem Inhalt.

Der Klage schlossen sich 183 weitere Sama-Mitarbeiter:innen an. Sie wurden daraufhin kurzerhand gefeuert, da Facebook den Projektauftrag für das Content-Management mit Sama aufkündigte. Viele der Gekündigten waren Arbeitsmigrant:innen

aus anderen Ländern Afrikas, mit ihren Jobs verloren sie auch die Arbeitserlaubnis und ihre Visa.

„Im Bereich Content-Management werden aufgrund ihrer Sprachkenntnisse sehr viele Arbeitsmigrant:innen und Geflüchtete beschäftigt – eine Gruppe, die sehr verletzlich ist“, so Milagros Miceli. Die Soziologin und Informatikerin recherchiert seit Jahren zu den Arbeitsbedingungen von sogenannten Data-Workern, auch zu den Fällen in Kenia.

Im Rahmen ihres Projekts für das Weizenbaum-Institut in Berlin sowie das „Distributed AI Research Institute“ hat sie ehemalige Sama-Angestellte in ihre Recherchearbeit miteingebunden, die wiederum Interviews mit ehemaligen Kolleg:innen geführt haben. Dabei stellte sich zum Beispiel heraus, dass Geflüchtete aus der äthiopischen Region Tigray, die vor dem Krieg in ihrer Heimat geflohen sind, bei Sama grausame Videos und Bilder von Kriegsverbrechen in Tigray bearbeiten müssen. „Die Job-Beschreibungen von Sama geben oft nicht das her, was die Leute später tatsächlich tun müssen“, so Miceli. Letztlich müssen die Arbeiter:innen bei Sama eine Geheimhaltungsklausel unterzeichnen, laut der sie nicht über den Inhalt ihrer Arbeit sprechen dürfen. Dies mache es besonders

*„Die meisten Leute hier haben noch nie in ihrem Leben einen Computer gesehen, bevor sie bei uns angefangen haben.“*

Sama-Geschäftsführer Joshua Okello

schwer, psychologische oder gar juristische Hilfe zu bekommen.

Im November wird Miceli gemeinsam mit drei kenianischen Ex-Data-Workern – auch von Sama – vor dem EU-Parlament von ihren Erfahrungen berichten. „Wir versuchen, Lobbyarbeit zu betreiben, wo immer es geht, um die Gesetzgebungen zu beeinflussen“, so Miceli. „Da es ein relativ neues Arbeitsfeld ist, wissen die meisten gar nichts davon, und die Gesetzgebung hinkt weit hinterher.“ In Kenia haben die gekündigten Sama-Mitarbeiter:innen eine Art Gewerkschaft für Daten-Arbeit gegründet. Sie ist noch nicht registriert, doch es sei ein Anfang, so Miceli.

Im Juni vergangenen Jahres erklärte das Arbeitsgericht in Kenia, dass die Kündigungen bei Sama illegal gewesen seien, und verpflichtete Meta, Facebook und Sama dazu, die Mitarbeiter:innen weiter zu beschäftigen oder in einem Mediationsverfahren eine Einigung zu erzielen, beispielsweise in Form von Abfindungszahlungen. Meta verweigerte diese Gespräche und argumentierte, dass der Konzern nicht in Kenia registriert sei und deswegen nicht für die Arbeitsbedingungen von Sama haftbar gemacht werden könne. Im heurigen September entschied jedoch das Berufungsgericht in Nairobi, dass Meta für die Arbeitsbedingungen und das Wohl dieser

Arbeiter:innen sehr wohl hafte. „Das ist ein großer Schritt“, sagt Miceli.

Als Präzedenzfall bezeichnet die Analytistin Nanjira Sambuli die Causa. Die Kenianerin erforscht im Rahmen ihres Stipendiums von der Carnegie-Stiftung, wie sich die Entwicklungen im Bereich der Hochtechnologie auf die afrikanische Gesellschaft auswirken. Sama sei ein gutes Beispiel, sagt sie, „denn die Firma behauptet von sich selbst, ein ethisches Outsourcing-Unternehmen zu sein“.

Die Klage der Sama-Angestellten in Kenia hatte einen Aufschrei in den Medien zur Folge. Was einst als glorreiche Jobchance vermarktet wurde, entpuppte sich in der Praxis als Albtraum. „Das Beispiel in Kenia zeigt, dass sich Politiker:innen in Afrika und auch die ganze internationale Gemeinschaft darüber Gedanken machen müssen, welche Folgen es hat, all diese Arbeitsprozesse zu Dumpingpreisen nach Afrika auszulagern“, stellt Analytistin Sambuli klar. Sie mahnt, afrikanische Politiker:innen müssten dringend Gesetze hinsichtlich des Mindestlohns ausarbeiten und bessere Arbeitsrechte definieren. „Nur weil der Kontinent dringend Arbeitsplätze benötigt, bedeutet das nicht, dass man Arbeitsrechte und ethische Mindeststandards über Bord werfen darf“, sagt sie. ▀

### Durchschnittsalter in Uganda (2024)

Quelle: UN DESA



# Work smarter

***Der Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) wird von vielen Menschen sorgenvoll betrachtet. Es gibt aber durchaus positive Potenziale der neuen Technologie. Was bedeutet sie für die Arbeitswelt?***

TEXT ALEXIA WEISS

In Sebastian Klockers Arbeitsalltag ist KI bereits eingezogen: „Ich nutze vor allem Übersetzungsleistungen, aber auch generative Sprachmodelle für das Zusammenfassen und die Korrektur von Texten“, sagt er. Klocker ist im ÖGB Experte für Digitalisierung. Er wisse einerseits um die problematischen Seiten des Einsatzes von KI-Systemen Bescheid, möchte sie aber andererseits selbst nicht mehr missen – ein Dilemma, in das vermutlich auch andere geraten.

Vor allem seit KI-Anwendungen wie ChatGPT oder DeepL für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden, sind sie in unserem Leben und in der Arbeitswelt angekommen. Die Chancen, aber auch Risiken von selbstlernenden Systemen werden breit diskutiert. Immer mehr Arbeitgeber:innen versuchen, die neuen Technologien im Betrieb einzusetzen, Prozesse und Produktionsabläufe zu optimieren und Kosten zu sparen. Nicht zuletzt deshalb gilt es, im betrieblichen Umfeld achtsam mit der Technologie umzugehen und die Belegschaft mit ins Boot zu holen.

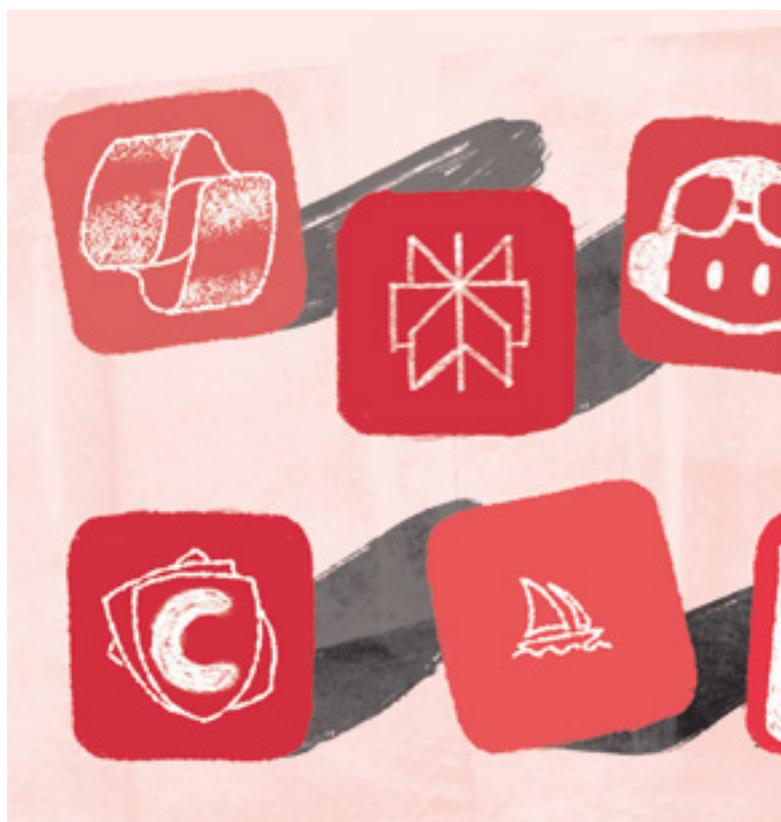
## **Einsatzgebiete abstecken**

Für das Verfassen einer launigen Rede würde sich ChatGPT vielleicht eignen, meint Klocker, unbedenklich könne es unter gewissen Umständen auch sein, sich nach der Rückkehr aus einem Krankenzustand einen E-Mail-Verlauf zusammenfassen zu lassen. „Aber wenn es darum geht, Vertragsdetails auszuarbeiten, wird mir eine Zusammenfassung der E-Mails nichts nützen“, sagt er. „Ich muss immer die Möglichkeiten und Grenzen der Technologie einschätzen.“

Die Einsatzgebiete von KI sind vielfältig und werden sich im Laufe der nächsten Jahre weiter diversifizieren – Schattenseiten inklusive: Neben Automatisierung und Optimierung wird KI heute auch schon genutzt, um Arbeitnehmer:innen zu kontrollieren und

zu überwachen. Große Mengen an Daten werden dabei generiert und verarbeitet. All das wirft rechtliche Fragen über den Umgang mit diesen Systemen auf.

Der Einsatz technischer Systeme im Betrieb ist schon bisher nicht uneingeschränkt möglich gewesen: Datenschutz- und auch arbeitsrechtliche Vorschriften sind dabei zu beachten. Diese zielen auf den Schutz der Persönlichkeitsrechte der Arbeitnehmer:innen ab. Das Arbeitsverfassungsgesetz (ArbVG) macht zum Beispiel die Zulässigkeit des Einsatzes von Systemen zur Kontrolle von Arbeit-



nehmer:innen bzw. die Verarbeitung von Beschäftigtendaten von der Zustimmung des Betriebsrates abhängig. Klocker unterstreicht wiederum, dass die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Österreich immer noch die beste Grundlage sei, um beim Einsatz von KI die möglichen Kehrseiten für Beschäftigte – wie etwa Überwachungstools – abzuwenden und auszuschließen.

Zuletzt wurde auch auf EU-Ebene in Form des AI-Acts (zu Deutsch: KI-Verordnung) ein bedeutender rechtlicher Rahmen für KI-Systeme geschaffen. Dieser regelt deren Einsatzbereiche auch hinsichtlich ethischer Standards und stuft diese Systeme anhand ihrer potenziellen Gefahren in unterschiedliche Risikoklassen ein. In Bezug auf die Arbeitswelt sind beispielsweise Regelungen bezüglich Personalmanagement von Bedeutung, die den Einsatz von KI bei der Auswahl von Bewerber:innen oder auch die Überwachung und Bewertung von Arbeitnehmer:innen betreffen. So ist der Einsatz eines als hochriskant eingestuften KI-Systems am Arbeitsplatz den Arbeitnehmer:innen und ihren Vertreter:innen bekanntzugeben. In der Regel wird die Zulässigkeit des Einsatzes des Systems in einem Betrieb in Österreich dann von der Zustimmung des Betriebsrates abhängig sein.

Wichtig seien laut Klocker Nutzungsrichtlinien in Unternehmen. Auch hier sei der Betriebsrat gefragt, der dafür sorgen könne, dass klare Spielregeln festgelegt würden: Welche Tools und Systeme sollen und dürfen Arbeitnehmer:innen verwenden und welche nicht? Welche Daten können mittels dieser Technologien verarbeitet werden und welche nicht? Geschäftsgeheimnisse in Online-Tools einzutippen sei zum Beispiel keine gute Idee.

„In Unternehmen, in denen sich der Betriebsrat dieses Themas annimmt, gelingt es, den Einsatz von Algorithmen für die Beschäftigten verträglich zu gestalten“, sagt Felix Diefenhardt. Er forscht an der Wirtschaftsuniversität (WU) Wien zu Digitalisierung in der Arbeitswelt und konnte dabei mit seinen Kolleg:innen feststellen: „Es hängt sehr stark davon ab, wie viel Zeit, Kapazitäten und Expertise im Betriebsrat bereitgestellt werden, um die Algorithmen erklärt zu bekommen und zu verstehen und dann in der Aushandlung mit dem Management rote Linien zu ziehen.“

Zentral sei es, Arbeitnehmer:innen keine Tools und Systeme gegen ihren Willen aufzuzukroyieren, meint Diefenhardt, sondern Spielräume zu lassen. Beispiel Kurierfahrer:innen: Hier könnten KI-Systeme besser angenommen werden, wenn sie keine absoluten Routenvorgaben machen, sondern nur Vorschläge. Die Entscheidung, welche Route genommen wird, bleibt bei den Arbeitnehmer:innen. „Sobald Vorschläge Zwangscharakter haben, demotivieren sie“, sagt der WU-Experte. Dann sei zu beobachten, dass Menschen versuchen würden, die Nutzung der Systeme zu umgehen, indem sie diese etwa ausschalten.

### Potenzial für die Produktion

„Die meisten denken beim Einsatz von KI an Büroarbeitsplätze“, sagt Kerstin Repolusk, „wir sehen aber auch sehr nützliche Anwendungen für Arbeiter:innen.“ Die Expertin für die digitale Arbeitswelt in der Produktionsgewerkschaft PRO-GE beobachtet, dass künstliche Intelligenz in vielen Betrieben willkommen geheißen wird. Sprachmodelle erleichtern zum Beispiel bereits den Zugang zu Reparatur-Manuals. Mitarbeiter:innen können Informationen so in ihrer Erstsprache erhalten, wenn diese nicht Deutsch ist. Solche Sprachtools können auch die Sicherheit erhöhen. Viele Stapler-Unfälle wären zum Beispiel vermeidbar, würde die Sicherheitsunterweisung von allen einwandfrei verstanden.





„Wir sehen sehr nützliche KI-Anwendungen für Arbeiter:innen“, sagt Kerstin Repolusk, Expertin für digitale Arbeitswelt bei der PRO-GE.

Kennt die Risiken von KI-Systemen, aber auch ihr Potenzial: Sebastian Klocker, ÖGB-Experte für Digitalisierung.

Hier gebe es nun eine VR-, also Virtual-Reality-Anwendung, die genau das bietet.

Repolusk erzählt aber auch von einer KI-Anwendung in einem landwirtschaftlichen Betrieb: Dort habe inzwischen ein Roboter die repetitive Arbeit des Unkrautjäters übernommen. Damit würden sich die Erntehelfer:innen auf die Ernte konzentrieren können. Hier könne man zwar argumentieren, dass so Arbeitsplätze durch eine Maschine ersetzt würden. „Allerdings muss man sagen, dass das sehr schwere Tätigkeiten sind“, kontert Repolusk. Außerdem würde dadurch die Zahl der Erntehelfer:innen, die aus anderen Ländern zum Arbeiten nach Österreich kommen, abnehmen.

Die Debatte um den Verlust von Arbeitsplätzen kennt die Gewerkschafterin schon vom Einsatz von Robotern, die in Fertigungshallen das Heben und Tragen erleichtern würden. „Wenn ich früher drei Leute gebraucht habe, um etwas zu heben, brauche ich nun nur noch einen Roboter und einen Menschen, der ihn bedient“, sagt sie. Vordergründig habe die Automatisierung durch-

aus zu Jobverlusten geführt, „aber diese Roboter muss dann auch jemand bauen, programmieren, reparieren“, gibt sie zu bedenken. Es ändere sich also in erster Linie die Art der Jobs. Das könne wie in diesem Fall einen Shift von ungelernten hin zu hoch qualifizierten Tätigkeiten bedeuten.

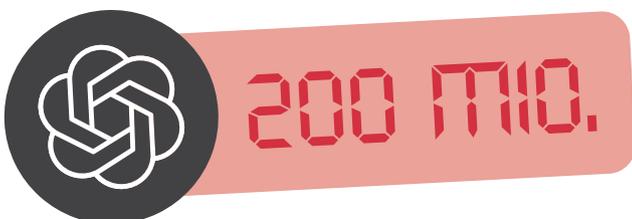
Der PRO-GE-Expertin ist aber auch schon der gegenteilige Effekt untergekommen: Es gebe Systeme, die mit Licht Handlungsanweisungen in Form von Pfeilen und anderen Symbolen auf Gegenstände projizieren. Damit sei es möglich geworden, Menschen mit Einschränkungen in Jobs zu beschäftigen, in denen sie auch fair entlohnt würden. Hier laufe gerade in einem integrativen Betrieb in Wien ein entsprechendes Projekt. „Das gibt Betroffenen dann auch wirklich die Chance, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, und ist daher ein Fortschritt im Bereich Inklusion.“

Andere Anwendungen erleichtern zum Beispiel die Qualitätskontrolle, wenn Arbeitnehmer:innen nicht mehr für jedes Bauteil das entsprechende Informationsblatt mit den Spezifikationen in die Hand nehmen müssen, sondern alle Informationen über eine VR-Brille eingespielt bekommen.

KI-Systeme würden laut der Expertin in einem Betrieb aber nur dann gut implementiert werden können, wenn das Betriebsklima gut sei. Daher verweist hier auch Repolusk auf die wichtige Rolle des Betriebsrats. Wer KI als negativ sehe, weil es bei deren Einsatz um Produktivitätssteigerung gehe, sitze einem Missverständnis auf: „Produktivitätssteigerung ist für einen Produktionsstandort nichts Negatives, im Gegenteil: Wenn man mit Billiglohnländern konkurrieren muss, kann man nur mit der Optimierung von Abläufen dafür sorgen, dass die Produktion in Österreich bleibt. Das erhöht die Überlebenschance eines Betriebs – und sichert Arbeitsplätze.“

## Nutzer:innen von ChatGPT (2024)

Quelle: OpenAI



**Jasmo Nickol & Michael Soder,**

Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien

Zusammengefasst von Sarah Kleiner

## Wie zukunftsfit ist Österreichs Innovationssystem?

Klimakrise, Digitalisierung, demografische Veränderungen und Gesundheitsrisiken: Österreich sieht sich mit Aufgaben von bisher ungekanntem Ausmaß konfrontiert, die sich immer mehr auf das Leben in der Republik niederschlagen. Als kleines Land auf globale Phänomene zu antworten erfordert Innovation. Allerdings kann nur eine Innovationspolitik, die explizit auf politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen ausgerichtet ist, Lösungen hervorbringen. Die Frage ist also: Wie gestaltet Österreich diese Politik?

Generell umfasst ein Innovationssystem alle Institutionen, die an der Erschaffung, Verbreitung und Anwendung wissenschaftlichen oder technologischen Wissens beteiligt sind. Die Rede ist also im engeren Sinn von Universitäten, Forschungseinrichtungen, Fördergeber:innen und Unternehmen. Sie müssen auf konkrete Ergebnisse abzielen. Im Rahmen des Forschungsprogramms „Horizon Europe“ verfolgt die Europäische Union zum Beispiel fünf zentrale Missionen, darunter etwa die „Mission Climate“ für resiliente Ökosysteme. Für deren Umsetzung braucht es personelle und finanzielle Ressourcen sowie die Beteiligung von Akteur:innen der unterschiedlichsten politischen Ebenen. Ländereigene Verwaltungen müssen fit für ihre Rolle als Entwicklerinnen, Förderinnen und Ziel-Überwacherinnen gemacht werden.

Während die Europäische Kommission ihre Missionen bereits in den eigenen organisatorischen Strukturen verankert hat und andere Länder seit Jahren Erfahrung mit Innovationsagenturen sammeln, ist man in Österreich zögerlich. Auf ministerialer Ebene wurde zwar ein Umsetzungsrahmen für die europäischen Ziele festgelegt: Arbeitsgruppen schmieden Aktionspläne und entwickeln entsprechende Wirkungspfade. Doch von einer dezidierten Ausrichtung des Innovationssystems kann nicht die Rede sein.

Fest steht: Österreich muss seinen Forschungsapparat fit für die Zukunft machen und Missionen rascher umsetzen. In ihnen liegt das Potenzial, die großen Herausforderungen unserer Zeit zu meistern. Es geht dabei nicht nur darum, Probleme zu lösen, sondern aktiv einen Wandel einzuleiten. Transformative Politikgestaltung nimmt soziale, technische und wirtschaftliche Belange gleichzeitig in den Blick. Konkrete Zielsetzungen können uns dabei helfen, dies zu tun.

**So bekommen Sie alle aktuellen Beiträge direkt in Ihr Postfach:  
A&W-Blog abonnieren unter [awblog.at/blog-abo](https://awblog.at/blog-abo)**



# Visionen eines neuen Südens

*Unterirdische Löhne, gravierende soziale Ungleichheit und die voranschreitende Zerstörung der Natur: Lateinamerika scheint in einer Abwärtsspirale gefangen. Doch Not macht erfinderisch, wie ein Pakt für eine bessere Zukunft beweist.*

TEXT FRANK BRASSEL



In Europa fürchten viele Menschen angesichts diverser Krisen um ihre gesicherte Zukunft. Im Globalen Süden ist der soziale Überlebenskampf längst Alltag, nicht zuletzt aufgrund der massiven Ungleichheit. Das gilt insbesondere für Lateinamerika. Aus dieser Dringlichkeit heraus entstehen allerdings auch Visionen für eine gesellschaftliche Transformation.

Da tüftelt etwa der „Ökosoziale und Interkulturelle Pakt des Südens“ (Pacto Ecosocial e Intercultural del Sur) am Design einer anderen Welt. Gegründet wurde das Netzwerk von Intellektuellen aus acht Staaten Südamerikas. Es unterhält kein Büro,

sondern eine schlanke, rein virtuelle Struktur und widmet sich insbesondere der Schnittstelle zwischen Ökologie und Sozialem. Denn trotz aller Appelle und Umweltschutzmaßnahmen trocknet beispielsweise der Amazonas zunehmend aus. Auch seine Abholzung schreitet rapide voran, nicht zuletzt durch lokale Rinderexporteur:innen und milliardenschwere Investitionen in das Exportgeschäft durch die britische Barclays Bank. Und mit der Haut dieser Kühe werden dann unter anderem die Sitze europäischer Luxuslimousinen bespannt. Manchmal ist uns der Süden näher, als wir denken.

## Extremwetter auf dem Vormarsch

In Ecuador verschärfte sich die ökonomische Krise zuletzt umweltbedingt: Während im Juni noch massive Überschwemmungen das Land heimsuchten, kam es im Oktober infolge einer Dürre und mangelhafter Energieplanung der Regierung zu Stromsperren von zehn Stunden am Tag. „Die ökologischen Krisen nehmen deutlich zu“, sagt Miriam Lang, Professorin für Politische Ökologie an der renommierten Anden-Universität Simón Bolívar in Quito und aktives Mitglied im Pacto. „Das hat für viele Menschen gravierende soziale Auswirkungen. Jobs gehen verloren, die landwirtschaftliche Produktion sinkt.“

Das Netzwerk fordert eine „ökosoziale Energiewende“ und die „Transformation des neoliberalen Weltwirtschaftssystems“. Dabei wird mit lokalen sozialen Bewegungen an Problemlösungen und grundlegenden Alternativen gearbeitet. „Ich verstehe den Pacto in der Tradition einer ‚revolutionären Realpolitik‘ im Sinne von Rosa Luxemburg (1871–1919, Anm. d. Red.): das Konkrete verbinden mit weitreichenden Veränderungsperspektiven“, sagt Politikwissenschaftler Ulrich Brand von der Universität Wien. „Anders geht es nicht.“

So fand das Jahrestreffen der Pacto-Mitglieder im April in der peruanischen Provinz Cusco statt, wo das Volk der K'ana gegen die gravierenden Folgen des Kupferbergbaus – vor allem durch den Schweizer Konzern Glencore – kämpft. Der Pacto sorgte für eine stärkere internationale Vernetzung und Aufmerksamkeit. Gefordert wurde neben der Entschädigung der bisherigen Opfer von Erkrankungen auch ein Weg raus aus dem Bergbau, der auf Kosten der lokalen Bevölkerung betrieben wird. Lokale Referenden in anderen lateinamerikanischen Staaten haben diesbezüglich bereits Erfolge gezeigt.

Es sei wichtig, dass eine Initiative für weitreichende emanzipatorische Veränderungen aus dem Globalen Süden komme, so Brand. „Bei uns dominieren im progressiven Spektrum ja eher Visionen einer Ökologisierung des Kapitalismus. Die herrschenden Kräftever-



**Miriam Lang, Professorin für Politische Ökologie an der renommierten Anden-Universität Simón Bolívar in Quito, ist ein aktives Mitglied im Pacto.**

hältnisse, die Wachstumsorientierung, die kolonialen Ausbeutungsverhältnisse und die imperiale Lebensweise werden nicht hinterfragt.“ In Lateinamerika ist indes von einem „grünen Kolonialismus“ die Rede. Um ihre Klimabilanzen zu verbessern, sind die Industrieländer auf der Suche nach neuen Rohstoffen. Ganz hoch im Kurs steht im Länderdreieck Argentinien, Bolivien und Chile der Abbau von Lithium für Elektrobatterien – mit unabsehbaren sozialen und ökologischen Folgen. Interesse weckt auch die Gewinnung von Wind- und Sonnenenergie für „grünen Wasserstoff“, beispielsweise in der Halbwüste der Guajira im Norden Kolumbiens. Die überwiegend indigene Bevölkerung wehrt sich seit Jahrzehnten gegen den dortigen Kohleabbau und die dadurch verursachten Vertreibungen und Gesundheitsfolgen.

Und wer gegen Abholzungen oder Bergbauprojekte protestiert, lebt gefährlich: Nach Angaben der NGO Global Witness wurden im vergangenen Jahr 196 Umweltschützer:innen ermordet, 85 Prozent davon in Lateinamerika. „Wir analysieren, wie sich durch regionale oder globale Vernetzung lokale Kämpfe entscheidend beeinflussen lassen“, erläutert Miriam Lang eine zentrale Aufgabe des Pactos.

Das Netzwerk verfällt dabei nicht in klassisch linke Reflexe, wenn es beispielsweise um Venezuela geht. Während die brasilianische Arbeiterpartei PT oder die Bewegung des ehemaligen ecuadorianischen Präsidenten Correa nach den Manipulationen rund um die Wahlen Nicolás Maduro die Treue schworen, hat der Pacto klar gegen den autoritären Stil des venezolanischen Präsidenten Stellung bezogen: „Die pluralistische Linke kämpft immer für mehr Demokratie, nie für weniger.“ ▸

## Gerodete Fläche im Amazonas (2023)

Quelle: Instituto Nacional de Pesquisas Espaciais (INPE)



# Quo vadis, Europa?

***Im Superwahljahr 2024 bekam auch die Europäische Union ein neues Parlament und eine neue Kommission. Wohin sich Europa nun weiterentwickeln wird, ist eine Frage der Finanzierung und nicht zuletzt eine der Visionen.***

TEXT MARGARETHA KOPEINIG

Wo soll man ansetzen mit den Gedankenspielen über das Morgen oder Übermorgen der Europäischen Union? Bei ihrer Gründung als Friedensprojekt nach den Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs? Beim Binnenmarkt von Jacques Delors mit gemeinsamer Währung und starken europäischen Sozialpartnern? Oder ist es besser, etwas ganz Neues zu denken, das Unmögliche vorstellbar zu machen?

„Wir müssen aus vergangenen Krisen lernen und auf innovative, progressive und nachhaltige Lösungen setzen. Nur so schaf-

fen wir langfristig Stabilität und Sicherheit“, antwortet Europa-Abgeordnete Evelyn Regner auf die Frage nach der Zukunft der EU. Ganz ähnlich klingt auch Oliver Röpke: „Arbeitnehmer:innen erwarten von der EU vor allem Sicherheit: nämlich sichere und hochwertige Arbeitsplätze mit fairen Löhnen anstelle eines Wettbewerbs um die niedrigsten Standards.“ Dabei gelte es, ökonomische Leistungsfähigkeit, Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie niedrige Gehälter schrittweise anzuheben, unterstreicht der Präsident des Europäi-

schen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA). „Europa muss sich für seine Bürgerinnen und Bürger rechnen – sonst wird es scheitern“, bringt es WIFO-Chef Gabriel Felbermayr auf den Punkt.

Es scheint, als ob sich Regner und Röpke an Robert Schuman orientieren, dem Pionier der europäischen Integration, der in seiner Erklärung vom 9. Mai 1950 Folgendes formulierte: „Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung: Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Taten schaffen.“

An der Weiterentwicklung und Verbesserung der „konkreten Tatsachen“, an dem realistisch-pragmatischen Weg der Zukunftsbewältigung, halten Gesprächspartner:innen auch heute noch fest. Handfestes und keine Versprechen aus der Fantasiewelt: Das ist es, worum es den Praktiker:innen in der europäischen Politik geht. Unbeirrt verfolgt EWSA-Präsident Röpke das Ziel, Europa sozialer zu machen. Denn: „Vor dem Hintergrund neuer politischer Mehrheitsverhältnisse und des Erstarkens populistischer und rechtsextremer Kräfte ist es wichtiger denn je, dass Gewerkschaften europaweit in die Offensive gehen“, sagt er. Das Soziale dürfe nicht von der politischen Agenda der EU rutschen, weil



es integraler Teil der europäischen Wettbewerbsfähigkeit sei. „Nur so können wir auf dem globalen Markt mithalten.“

Evelyn Regner will künftig besonders darauf achten, dass EU-Richtlinien für Frauen und Beschäftigung von den nationalen Regierungen vollständig umgesetzt werden: die Schließung des noch immer bestehenden geschlechtsspezifischen Lohngefälles, die Frauenquote in Aufsichtsräten oder die Einhaltung aller Regeln des Lieferkettengesetzes. Ganz oben auf ihrer Prioritätenliste steht der Zugang zu leistbarem und sozialem Wohnraum für alle. Dafür gibt es künftig einen EU-Kommissar, der sich auch um die Kosten für erschwingliches Wohnen kümmern soll. Und da sich die Schere zwischen Arm und Reich Jahr für Jahr weiter öffnet, verlangt Regner eine Entlastung von Frauen und Familien. Mindestens 20 Milliarden Euro aus dem Europäischen Sozialfonds brauche es in den nächsten Jahren für den Ausbau der sogenannten Kindergarantie im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Ein kleines Privileg solle, wenn es nach der EU-Abgeordneten geht, auch für Unternehmen geschaffen werden, die gute und nachhaltige Arbeitsplätze schaffen: Sie sollten bei öffentlichen Ausschreibungen bevorzugt werden.

### Höheres Budget nötig

Die EU ist kein Staat mit Steuereinnahmen, der EU-Haushalt macht nur rund ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts

### EU-Budget für das Jahr 2024

Quelle: Rat der EU

189 MRD. EURO



**Europäischen Praktiker:innen wie der EU-Abgeordneten Evelyn Regner geht es bei der Zukunftsfrage vor allem um eines: handfeste Taten statt leerer Versprechen.**

aller 27 Mitgliedsländer aus. Für 2024 einigten sich Rat und EU-Parlament auf ein Budget von 189,4 Milliarden Euro. EWSA-Präsident Röpke fragt, wie die EU fit für die Zukunft werden soll, wenn die Devise „Sparen“ lautet und Schuldenabbau das Gebot der Stunde vieler Regierungen ist. „Nur mit Schuldenbremsen in den einzelnen Mitgliedsländern werden wir die Anpassungen an zukünftige Herausforderungen sicherlich nicht schaffen“, erklärt er. Die Automatisierung und der Einsatz künstlicher Intelligenz würden den Arbeitsmarkt verändern. Der Preis dafür sei hoch, er könne nur bezahlt werden, wenn es „eine funktionierende Sozialpartnerschaft und eine hohe Kollektivvertragsdichte gibt“.

Mehr finanzielle Mittel für den EU-Haushalt brauche es auch laut aktuellem Bericht des ehemaligen EZB-Chefs und italienischen Ministerpräsidenten Mario Draghi. Darin ist die Rede von zusätzlich notwendigen Investitionen in Höhe von 800 Milliarden Euro – und das jährlich. Diese Summe bräuchte die EU, um ihre Wirtschaft wettbewerbsfähiger zu machen. Für Draghi geht es jetzt um nichts weniger als um „Europas Existenz“. Ein Teil dieser Summe könnte aus der Privatwirtschaft kommen, ein anderer müsste durch öffentliche Investitionen gesichert werden. Vorstellbar seien für ihn auch gemeinsame EU-Schulden. Seit dem Corona-Wiederaufbaufonds, der den Mitgliedstaaten Zuschüsse und Darlehen auf Basis von gemeinsam getragenen Schulden bietet, sind neue Schuldtitel für viele EU-Regierungen allerdings ein No-Go.

Einigkeit über Europas Zukunft gibt es in einem Punkt: Der Weg aus der Krisenzeit kann nur ein gemeinsamer sein. Und er wird – wieder einmal – im Wettstreit zwischen europäischem Denken, nationalen Interessen und ideologischen Standpunkten entschieden. Vielleicht schafft man es, in Zeiten fehlender gemeinsamer Visionen zumindest Schumans „Solidarität der Taten“ umzusetzen – die bräuchte es jetzt dringend. ▀

# Die Utopiemacherin

***Von der Straße zum Forschungsinstitut: Katharina Rogenhofer ist seit vielen Jahren eine engagierte Aktivistin für mehr Klimaschutz. Und das heißt die künftige Welt ersinnen und gleichzeitig mit Rückschlägen umgehen. Was sie antreibt, erklärt sie bei einem Besuch in ihrer neuen Denkfabrik.***

TEXT FELIX SCHMIDTNER

In der Liechtensteinstraße zwischen schwedischer Botschaft und Bundesjugendvertretung befindet sich das Institut KONTEXT für Klimafragen, der neue Thinktank von Katharina Rogenhofer. Mit einem Lächeln öffnet sie die Tür. Auf dem Weg in den Besprechungsraum passieren wir zwei leere Schreibtische – Rogenhofer ist an diesem Oktobertag die einzige der zwölf Mitarbeiter:innen im Büro. Im Bü-

cherregal stehen Titel wie „The Climate Book“ (Greta Thunberg), „Eine neue Erde“ (Eckhart Tolle) oder „Utopia 2048“ (Lino Zeddies). „Die meisten habe ich schon gelesen“, sagt Rogenhofer. Mit Zukunftsvisionen hat sich die 30-Jährige intensiv beschäftigt.

Die gebürtige Wienerin ist eines der bekanntesten Gesichter der österreichischen Klimabewegung. Wer Katharina Rogenho-

fer nicht als Mitbegründerin von Fridays for Future Österreich kennt, erlebte sie höchstwahrscheinlich danach als versierte und besonnene Sprecherin des Klimavolksbegehrens, das sie 2019 mitinitiierte. Die Klimakrise, das bedrohliche Szenario einer überhitzten und verdorrten Erde, löst bei vielen Menschen Hoffnungslosigkeit aus. Was kann man als Einzelperson gegen dieses globale Problem tun? Und wie behält man einen positiven Blick in die Zukunft? Ein Mensch wie Katharina Rogenhofer, der die Dystopie nicht als gegeben akzeptiert und zum Handeln aufruft, hat darauf viele Antworten. Eine lautet: aktiv hoffen.

„Wenn ich mich einsetze, kann ich zu einer Veränderung beitragen, und das macht es möglich, dass ich hoffen kann“, sagt sie. Wir haben im Besprechungszimmer Platz genommen. Weiße Wände, weißes Board, Einbauregal: Der Raum machte einen sterilen Eindruck, als wäre er gerade eingerichtet worden. Im Gespräch mit dem Radiosender fm4 kritisierte Katharina Rogenhofer vor einigen Jahren, dass die Menschen in Österreich eine „visionslose Politik“ erleben würden – niemand wage es, Utopien zu formulieren. Geändert habe sie diese Meinung nicht. „Politik ist zu einer Angebot-Nachfrage-Verhandlung verkommen: Es werden irgendwelche Umfragen



gemacht, und dann wird die Politik danach ausgerichtet“, sagt sie. „Dabei ist Politik doch eine Besinnung auf Grundwerte. Parteien sind dafür zuständig zu sagen: ‚Das ist meine Vision für das Land in 10, 20 Jahren – da will ich hin, und dafür schaffe ich Mehrheiten.‘“ Und politische Orientierungslosigkeit sei nicht zu unterschätzen, denn: „Erst, wenn ich weiß, wo es hingehet, gibt es auch Hoffnung.“

### Von Forschung zu FFF

Fragt man Katharina Rogenhofer nach ihrer eigenen Vision für die Zukunft, dann fängt sie an, laut darüber nachzudenken, wie die Welt anders aussehen könnte, wenn man in Wien das Haus verlässt, wie es mehr Erholungsflächen, Insekten, Radwege oder Raum für spielende Kinder geben könnte – nur um im nächsten Moment zu betonen, dass die Vision einer Person auf dem Land sicher ganz anders aussehen würde, genauso wie die Vision für ganz Österreich. Rogenhofer ist reflektiert bei Fragen wie diesen. Sie macht Pausen, geht in sich. Über die Jahre ist sie zur differenzierten Kommunikatorin geworden, die verschiedene Lebensrealitäten auf dem Radar hat.

Dabei hat sie als junge Frau die Weichen eigentlich für eine Laufbahn in der Wissenschaft gestellt: Rogenhofer studierte an der Universität Wien Zoologie und an der Universität Oxford Naturschutz- und Biodiversitätsmanagement. Der Weg von der „harten Naturwissenschaft“ hin zum Aktivismus sei eine persönliche Neuerung gewesen, der Übergang zum Klimavolksbegehren schlüssig. „Es war ein logischer Schritt, die Forderungen der Wissenschaft von der Straße über unser einziges direktdemokratisches Werkzeug ins Parlament zu tragen“, erklärt sie. Rogenhofer sei als Jugendliche so gut wie nie auf Demos gewesen, bis sie selbst welche organisiert hat. Politisiert habe sie die Dringlichkeit der Klimakrise.

2018 absolvierte die damals Mitte 20-Jährige ein Praktikum bei der Klima-



„Erst, wenn ich weiß, wo es hingehet, gibt es Hoffnung“, sagt Katharina Rogenhofer und kreierte der heimischen Politik Visionslosigkeit an.

rahmenkonvention (UNFCCC) und nahm an der UN-Klimakonferenz im polnischen Katowice teil, genauso wie Vertreter:innen und Aktivist:innen von Inselstaaten und aus dem Globalen Süden. Sie erzählten von Erfahrungen in ihrer Heimat; von Dürren, die Menschen zur Flucht zwangen, von der Angst, das Zuhause durch den steigenden Meeresspiegel zu verlieren. Für Rogenhofer wurde klar: Die Beschlüsse dieser Konferenz bestimmen darüber, ob sie künftig noch eine Heimat haben würden, und sie beschloss, mit anderen die Fridays-for-Future-Bewegung in Österreich zu gründen. Begeistert erzählt sie von dem ersten weltweiten Klimastreik 2019: „Da waren 35.000 Menschen auf dem Heldenplatz.

### Unterschriften beim Klimavolksbegehren (2020)

Quelle: Innenministerium



Das erste Mal in meinem Leben hatte ich das Gefühl, wir haben auf diese globale Krise auch eine globale Antwort.“

In den darauffolgenden Jahren erlebten Klima- und Umweltschutz einen Aufschwung in den Medien, grüne Parteien schafften es in die Regierungen Deutschlands und Österreichs, der Green New Deal hob Dekarbonisierung und Energiewende auf die europäische Agenda. Doch die Coronapandemie brachte die aufblühende Bewegung kurzzeitig zum Stillstand. Auch für Rogenhofer bedeutete sie einen Einschnitt in die aktivistische Laufbahn, der ihr allerdings Zeit verschaffte, ihr erstes Buch zu schreiben. Der Titel ist eine eindringliche Warnung: „Ändert sich nichts, ändert sich alles“.

Pandemie, Ukrainekrieg, Rekordinflation und viele andere Krisen konkurrierten in den vergangenen Jahren um öffentliche Aufmerksamkeit und drängten den Klimaschutz teils in den Hintergrund. Und rechtspopulistische Parteien, die den menschengemachten Klimawandel leugnen, verzeichnen heute in vielen EU-Ländern Zuwachs, auch in Österreich. Aber ist das ein Rückschlag für die Umweltbewegung? „Sowohl Fridays for Future als auch das Klimavolksbegehren kamen auf, als ÖVP und FPÖ regierten“, sagt Rogenhofer. „Wenn ein Thema nicht von der Regierung ver-



**Betriebsräte und Gewerkschaften hätten eine wichtige Rolle bei der sozial-ökologischen Transformation inne, ist die Klimaexpertin überzeugt.**

treten wird, steigt das zivilgesellschaftliche Engagement dafür.“

Anfang des Jahres gründete sie gemeinsam mit ihrem früheren Mitstreiter beim Klimavolksbegehren, Florian Maringer, und Tina Deutsch aus der Consulting-Branche das Institut KONTEXT. Es möchte Fakten in die Klimadebatte einbringen, Aufklärungsarbeit leisten und Diskurse analysieren. Der Schritt bedeutete für die Klimaexpertin auch ein Zurück zu ihren wissenschaftlichen Wurzeln. „Mir ist schon im Aktivismus und bei der Arbeit für das Klimavolksbegehren aufgefallen, dass es zu wenig klimapolitische Analysen gibt“, erklärt Rogenhofer. „Es ist ja keine naturwissenschaftliche Gegebenheit, dass ein Gesetz zustande kommt oder nicht, sondern eine Frage von Interessen und Machtverhältnissen.“

Im September gab das Institut eine repräsentative Umfrage in Auftrag. Befragt wurden etwa 1.000 Personen aus allen Generationen und Bundesländern. Dabei begrüßten über 80 Prozent der Wähler:innen aller Parteien weitere Maßnahmen gegen Extremwetterereignisse, den Ausbau erneuerbarer Energien und die Reduktion der Bodenversiegelung. Selbst FPÖ-Wähler:innen unterstützten mehrheitlich den Bau von Radwegen und den Ausbau er-

neuerbarer Energien – für Rogenhofer ein Indiz, dass alle Parteien beim Klimathema hinterherhinken: „Man sieht, wie viel Potenzial da ist“, sagt sie. „Es wird Aufgabe aller Parteien und der Zivilgesellschaft sein, zu zeigen, dass Klimapolitik eine Querschnittsmaterie ist.“

*„Es wird Aufgabe aller Parteien und der Zivilgesellschaft sein, zu zeigen, dass Klimapolitik eine Querschnittsmaterie ist.“*

**Katharina Rogenhofer,  
Klimaaktivistin**

In ihren Augen spielen auch die Gewerkschaften eine wichtige Rolle dabei, eine gerechte Transformation – oder „Just Transition“, wie sie sagt – zu ermöglichen. Die Ökologisierung der Wirtschaft sei ein Grundpfeiler für zukunftsfähigen Wohlstand und zukunftsfähige Arbeitsplätze. „Es ist wichtig zu verstehen, dass Klimapolitik, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik zusammenhängen“, sagt Rogenhofer.

Gewerkschaften und Betriebsräte könnten hier einerseits den Unternehmen helfen, ihre Geschäftsmodelle nachhaltig und fortschrittlich auszurichten. Andererseits könnten sie über Lohnverhandlungen auch Druck aufbauen, „damit das Klimathema nicht unter den Tisch fällt“. Wichtig sei, was es in den Bereichen, „die sich transformieren werden, für Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten braucht“. Die Gewerkschaften könnten „diese Themen verbinden, sich überlegen, wie ein gerechter Übergang aussehen könnte, und diesen gleich mitgestalten“, so Rogenhofer.

Sie sei jedenfalls kein Fan von individualistischen Lösungsansätzen für die Klimakrise. „Es geht nicht um den einen Pendler aus dem Waldviertel oder die eine Urlaubsfliegerin, sondern um viel Größeres“, sagt sie. Auch die nächste Regierung würde entscheiden, ob die Weichen für die Erreichung der Klimaziele gestellt würden oder nicht. Wichtig sei, Klimapolitik fühl- und erlebbar zu machen, das würde Menschen auch gegen populistische Angstmache rüsten. „Wir müssen zeigen, was Klimapolitik an Chancen und Vorteilen bringt“, sagt Rogenhofer. Und mit ihrer eigenen Zukunftsvision gelingt ihr das doch schon ziemlich gut. ▀

# Standort sucht Strategie

*Der Industriestandort Österreich steht vor großen Herausforderungen:  
Hohe Energiekosten sind zur Dauerbelastung geworden, die Produktion ist rückläufig.  
Klar wird in der Krise: Wir brauchen eine aktive Industriepolitik.*

Österreichs Industrie spielt eine zentrale Rolle für die wirtschaftliche Stärke des Landes. Während viele europäische Länder wie zum Beispiel Großbritannien Teile ihrer Industrie in den vergangenen Jahrzehnten verloren oder bewusst rückgebaut haben, konnte Österreich seinen hohen Industrieanteil halten. Allein seit 2015 hat die Republik ihre Produktion um 20 Prozent gesteigert.

Das Fundament dieses Erfolgs bilden hoch qualifizierte Arbeitskräfte und eine gut ausgebaute Infrastruktur. Nicht zuletzt ist es das Zusammenspiel von Innovation und einem gut ausgebauten Sozialstaat, das Österreich zu einem der attraktivsten Industriestandorte in Europa macht. Unternehmen können auf eine gesunde, motivierte und produktive Belegschaft bauen. Gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne und ein starkes Bildungssystem schaffen ein stabiles Arbeitsumfeld. Betriebe erhalten zudem staatliche Unterstützung in Form von Förderprogrammen, und sie können auf ein dichtes Netz von Forschungszentren und Technologieplattformen zugreifen.

Seit 2022 ist unser Industriestandort jedoch mit Problemen konfrontiert, denn die Produktion ist rückläufig. Es sind vor allem die hohen Energiekosten, die Betriebe belasten. Studien belegen dabei, dass sich die Industriebranchen mit einem höheren Lohnkostenanteil seit Krisenbeginn wesentlich besser entwickeln als jene, in de-

nen die Löhne für die Kostenstruktur eine geringere Rolle spielen. Es sind also nicht in erster Linie die Gehälter, die hier ins Gewicht fallen. Die Energiepreise in Europa liegen derzeit etwa dreimal so hoch wie in den USA oder China, was insbesondere die energieintensive Industrie hart trifft.

Ausgelöst wurde die Krise durch die stärkste Zinsanhebung der Europäischen Zentralbank in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte. Er hat die wirtschaftliche Dynamik Europas erheblich gebremst: Die Zahl der Aufträge ging zurück, besonders aus dem Ausland. Auch die zinsbedingte Krise der Bauwirtschaft hat die Industrie getroffen, da Branchen wie die Baustoffherstellung, der Maschinenbau und die Bauzulieferer eng mit dem Bauwesen verknüpft sind. Vor besonderen Herausforderungen steht zudem die Fahrzeugindustrie

Deutschlands und mit ihr die österreichische Zulieferindustrie. Der Übergang zur Elektromobilität erfordert Investitionen in neue Technologien und Produktionsprozesse, während der Absatz von Verbrennerfahrzeugen rückläufig ist. Da Deutschland aufgrund seiner Schuldenbremse die staatliche Förderung des Kaufs von Elektroautos gestoppt hat, hat auch dieser Markt zuletzt einen Rückgang verzeichnet.

Es rächt sich nun, dass weit und breit keine Ansätze einer industriepolitischen Strategie zu finden sind, die Mittel und Wege definiert, die großen Herausforderungen der Transformation zu bewältigen. Wie könnte also eine moderne österreichische Industriepolitik aussehen?

Der ÖGB skizziert in seinem aktualisierten 10-Punkte-Plan für Standort und Beschäftigung, was sofort getan werden muss, wobei der Industrie eine zentrale Rolle zukommt: Wir brauchen eine Stärkung der industriellen Basis, Planungssicherheit bei den Energiepreisen und mehr Unterstützung bei der Dekarbonisierung. Der Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur ist überfällig, ebenso die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene. Ausbau der erneuerbaren Energien und der Energieinfrastruktur, Qualifizierungsoffensive, Fachkräftestrategie und so vieles mehr: Nur mit einer aktiven industriepolitischen Strategie wird es Österreich gelingen, seine Spitzenposition auch in Zukunft zu halten. ▀

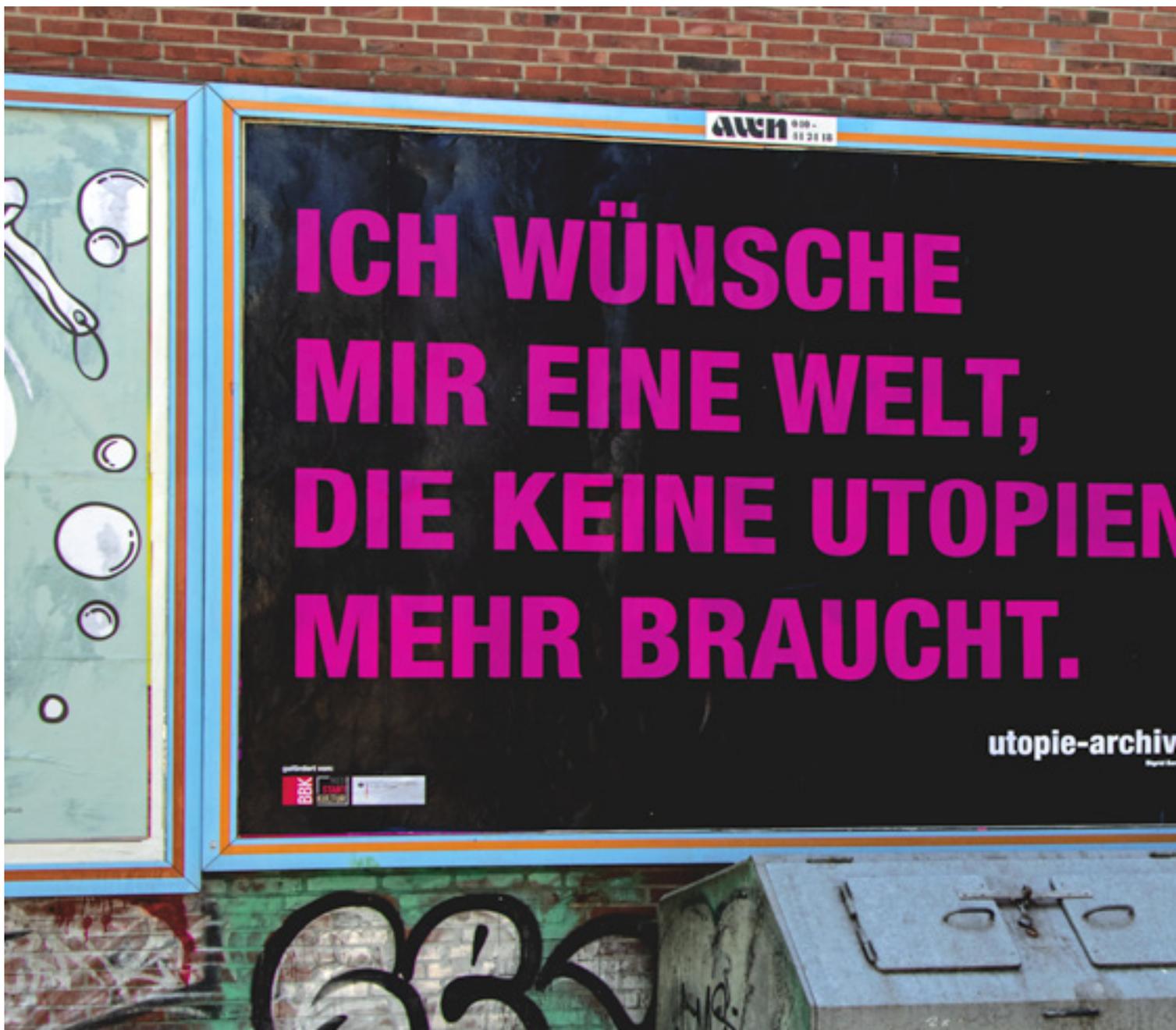


**HELENE SCHUBERTH**

war in verschiedenen Positionen bei der Oesterreichischen Nationalbank tätig und leitet seit 2022 das Volkswirtschaftliche Referat des ÖGB.

# Traum und Vision

*Das Utopie-Archiv, initiiert von der deutschen Künstlerin Sigrid Sandmann, präsentierte Zukunftsvisionen im öffentlichen Raum. Als Plakatserie wurden die Ideen der Bevölkerung in ganz Hamburg affiziert.*



# „Hindert die Reichen daran, die Märkte zu beherrschen und praktisch Monopole zu errichten.“

Thomas Morus (1478–1535) in „Utopia“



TEXT SARAH KLEINER

Es steht wohl fest: Es gibt mindestens so viele Utopien, wie es Menschen gibt – und noch mehr, zieht man auch die historisch überlieferten Träume von einer besseren oder idealen Zukunft in Betracht. Nicht ganz klar ist hingegen, ob es genauso viele Utopien wie Dystopien gibt. Das schockierende, furchterregende Bild der Zukunft scheint – zumindest seiner umfangreichen Präsenz in Kino, Literatur und Fernsehen nach – den größeren Reiz auszustrahlen als der inspirierende Blick ins Morgen.

Dabei muss eine Utopie nichts mit Einhörnern und Regenbögen, nichts mit Irrationalität zu tun haben, wie Sigrid Sandmann zeigte. Die bildende Künstlerin stammt aus Hildesheim bei Hannover, lebt und arbeitet heute in Hamburg und ist unter anderem mit Lichtprojektionen auf Festivals vertreten. Mitten in einer Zeit, in der dunkle Ungewissheit und große Angst Europa fest im Griff hatten, machte sich Sandmann daran, Realutopien in die öffentliche Arena zu tragen.

## Eine globale Zäsur

Im Frühjahr 2020 erlebte die Weltbevölkerung durch die Corona-Pandemie einen noch nie dagewesenen Ausnahmezustand: Öffentliche Plätze waren von einem Tag auf den anderen leer gefegt. Restaurants, Theater, Kinos, Clubs und Bars, Museen und Konzerthäuser mussten schließen. Der globale Reiseverkehr kam zum Erliegen, der ständig rotierende Alltagswirbel stand still.

Gerade in dieser Zeit der Verunsicherung lud Sandmann die Bevölkerung dazu ein, diese als einmalige Chance zu nutzen und Utopien über ihre Website an sie zu übermitteln. Das Innehalten der Welt hätte der Startschuss sein können, um das Zusammenleben neu zu denken, um den „kapitalgesteuerten Kreisverkehr zu durchbrechen“ und die Gegenwart in eine „resistentere, liebe-

vollere, solidarischere, gerechtere und nachhaltigere Richtung“ zu lenken, wie es in der Beschreibung des Utopie-Archivs von der Literatur- und Kunsthistorikerin Belinda Grace Gardener heißt.

Angelehnt an Thomas Morus' 1516 veröffentlichten romanhaften Dialog „Utopia“ wollte Sandmann eine Gelegenheit bieten, die beste aller Welten zu ersinnen. Der Humanist Morus kritisiert in „Utopia“ die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse der damaligen Zeit und beschreibt eine fiktive Insel, auf der Menschen friedlich zusammenleben.

Die Gesellschaft der Utopier:innen nutzt kein Geld und kennt kein Eigentum, wodurch alle negativen Begleiterscheinungen des Privatbesitzes wie Diebstahl, Armut, Betrug oder Korruption obsolet werden. Die Inselbewohner:innen arbeiten gemeinschaftlich und aus freien Stücken am substanziellen Erhalt der Gruppe, individuelle Bereicherung auf Kosten anderer gibt es nicht. „Utopia“ gab auch den Anstoß für das literarische Genre der Utopie, in dessen Autorenreigen sich später auch Francis Bacon (1561–1626), H. G. Wells (1866–1946) oder Aldous Huxley (1894–1963) einreihen sollten.

Die Zukunftsvisionen, die Sandmann bis heute sammelt, sind bei Weitem nicht so unbegreifbar, wie das Ende des Kapitalismus. Sie drücken ein reales Bedürfnis nach mehr Gerechtigkeit aus. 2021 ließ die Künstlerin einige dieser Ideen und Träume im öffentlichen Raum in Hamburg affichieren. Umverteilung von oben nach unten, das Ende von Klassismus und Rassismus, mehr Freiräume: Das Ergebnis war und ist ein kollektives Utopie-Archiv, von dem manche Ziele so unerreichbar gar nicht scheinen.

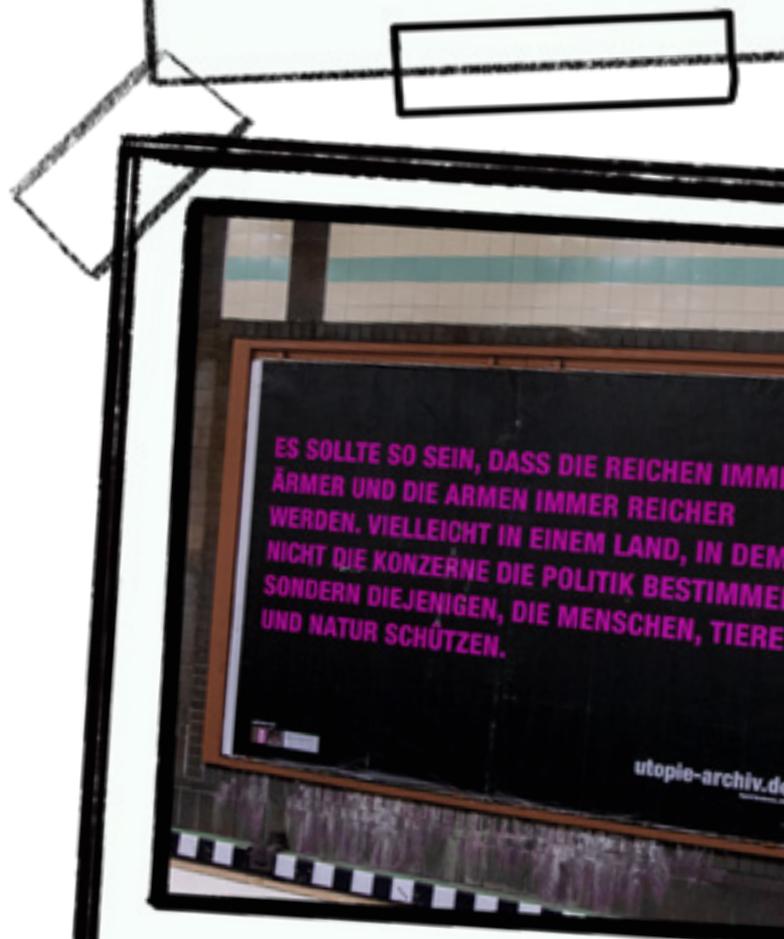
In welcher Welt wollen wir morgen leben? Die Utopie gestaltet sich im Heute: mit unseren Handlungen, unseren politischen Entscheidungen, unseren künstlerischen Aktionen. Bleibt lediglich die Frage, wessen Zukunftsvision sich am Ende durchsetzen wird.

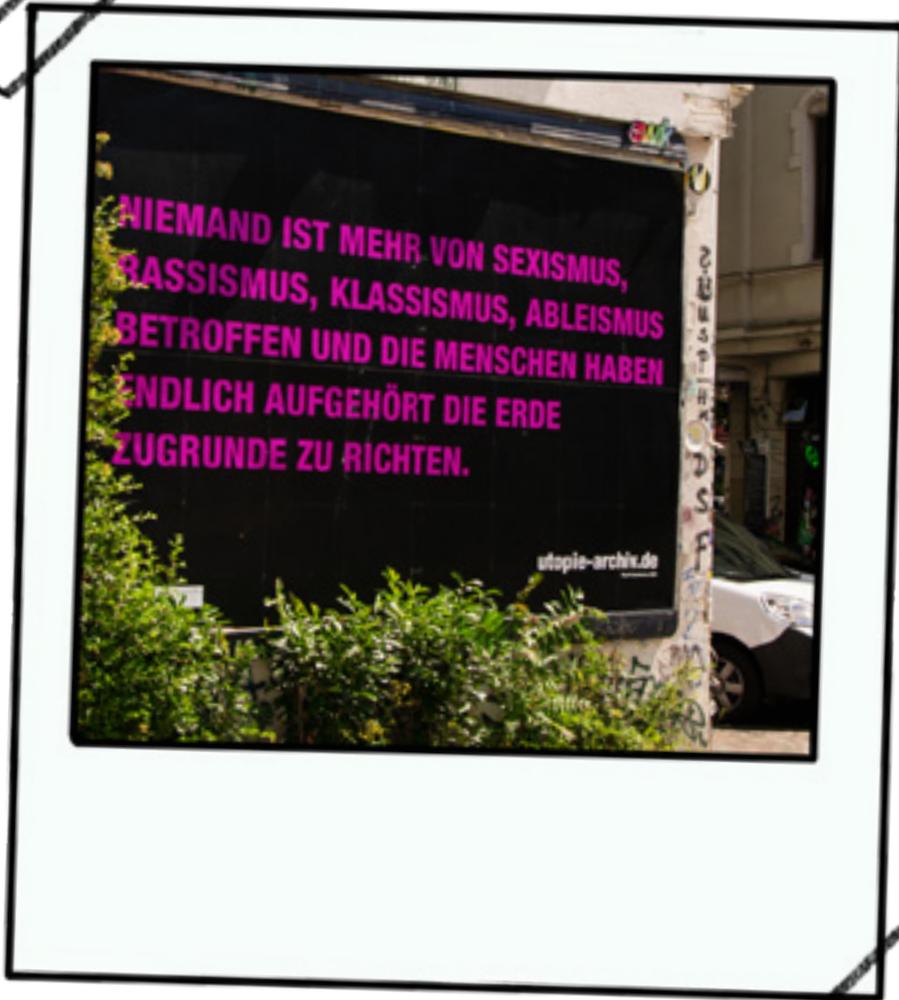
---

#### & INFO

Weitere Utopien und die Möglichkeit, selbst welche einzureichen, finden sich auf der Website

[www.utopie-archiv.de](http://www.utopie-archiv.de)





# Krise braucht Zusammen- arbeit



**MARKUS MARTERBAUER**  
CHEFÖKONOM DER AK WIEN

Österreichs Wirtschaft geht es in der Teuerungskrise miserabel: Die Inflationsrate lag mehr als zwei Jahre über dem Durchschnitt der Euroländer, die Wirtschaftsleistung schrumpft das zweite Jahr in Folge, die Zahl der Arbeitslosen steigt kräftig, und das Budgetdefizit ist zu hoch. All das ist das Ergebnis schlechter, zu sehr an Einzelinteressen ausgerichteter Wirtschaftspolitik. Eine kleine Volkswirtschaft muss aber alle sozialen und wirtschaftlichen Kräfte zusammenspannen, um Wohlstand für alle zu erreichen. Das war das Erfolgsrezept gegen die letzte große Teuerungskrise in den 1970er-Jahren („Ölpreisschock“), als Österreich wirtschaftlich und sozial auf der Überholspur war.

Die Umstände haben sich in den vergangenen 50 Jahren geändert, doch vielleicht bietet die nächste Regierung ja die Chance, ein Reformprogramm im gesellschaftlichen Konsens zu entwickeln, das nicht den Wohlstand Einzelner, sondern den Wohlstand aller im Blick hat – nach dem Motto: Interessenunterschiede nicht befeuern, sondern nach innovativen, gemeinsamen Lösungen suchen.

Zum Beispiel bei Klimaschutz und Industrieerfolg: Beide Ziele können vereint werden – etwa indem eine Politik der „grünen Reindustrialisierung“ Betriebe dabei unterstützt, Weltmeister in der treibhausgasneutralen Produktion von Edelstahl, Aluminium oder Spezialmaschinen sowie Vorreiter in der Kreislaufwirtschaft zu werden.

Oder wenn die Arbeitslosigkeit hoch ist und gleichzeitig geeignete Arbeitskräfte fehlen: Was hindert uns daran, ein Ausbildungs- und Qualifizierungssystem aufzubauen, das alle Kinder fördert, egal, wo sie herkommen, und das die Menschen, die keine, zu wenig oder schlecht bezahlte Arbeit haben, noch besser zu jenen guten Stellen führt, die dringend besetzt werden müssen. Das hilft den Menschen und den Unternehmen.

Oder durch ein paar gemeinsame Grundsätze bei der Budgetkonsolidierung: Alle müssen etwas beitragen – die wirtschaftlich Starken mehr, die Schwachen weniger –, Zukunftsinvestitionen werden verschont, Beschäftigung und Bildung gefördert. Das erfordert höhere Einnahmen von jenen, die es sich leisten können, und zwar auf Basis von umweltschädlichem Verhalten. Es macht ein Durchforsten aller Ausgaben notwendig: Dienen sie dem gewünschten Zweck? Können die Ziele auf andere Weise besser erreicht werden?

Die Suche nach innovativen Lösungen, von denen alle profitieren: Das ist Politik für eine gute Zukunft für alle! ►

**NEU**  
in über-  
arbeiteter  
Auflage!**Neuerscheinungen aus dem ÖGB-Verlag****Buch**

## Klassenkampf von oben

Angriffspunkte, Hintergründe und rhetorische Tricks

**Natascha Strobl, Michael Mazohl**ÖGB Verlag | 2. Auflage 2024 | 294 Seiten | EUR (AT) 29,90  
ISBN 978-3-99046-671-1

Klassenkampf findet statt. Während der Klassenkampf von unten mit Streiks und lauten Protestformen ausgetragen wird, findet der Klassenkampf von oben leise im Verborgenen statt. Den Klassenkampf von oben führen die wirtschaftlich Mächtigen, die aufgrund ihrer Vermögen und Einflussbereiche dazu in der Lage sind, gesellschaftliche Entwicklungen zu ihren Gunsten zu ändern – gegen die Interessen und auf Kosten der Vielen. Anhand der Themen Arbeitszeit, Arbeitslosigkeit, Armut, Bildung, Einkommen, Gesundheit, Klima, Wohnen, Pensionen, Reichtum und Digitalisierung zeigt das nun in zweiter, erweiterter Auflage erschienene Buch auf, an welchen Angriffspunkten sich die Verteilungskämpfe zwischen oben und unten entscheiden.

Das Autor:innenteam stellt wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitischen Zielen, Zusammenhängen und Hintergründen des Klassenkampfes die rhetorischen Tricks und kommunikativen Strategien von oben gegenüber.

**Buch**

## Wie viel Kontrolle braucht KI?

Eine arbeits- und datenschutzrechtliche Betrachtung von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz im Dienstverhältnis

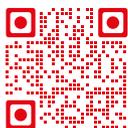
**Christoph Kietzki, Maximilian Turrini (Hg.)**ÖGB Verlag | 2024 | Schriften zum Arbeitsrecht und Sozialrecht Bd. 51  
92 Seiten | EUR (AT) 36,00 | ISBN 978-3-99046-728-2

Der vorliegende Sammelband enthält Beiträge zu aktuellen arbeits- und datenschutzrechtlichen Fragestellungen, die fortschreitende Digitalisierung und der stetig ansteigende Einsatz von Algorithmen und künstlicher Intelligenz in der Arbeitswelt aufwerfen. Mit Beiträgen von: Susanne Auer-Mayer (Wien) untersucht, ob das Betriebsverfassungsrecht neben physischen Arbeitsstätten auch virtuelle Betriebe erfasst und ob das Gesetz die Ausübung der Belegschaftsvertretung durch Einsatz moderner Kommunikationsmittel auf digitalem Weg erlaubt.

Conrad Greiner (Wien) behandelt die Frage, welche Mitwirkungsrechte der Belegschaft die Einführung von Automatisierungsmaßnahmen im Betrieb auslösen können; im Besonderen behandelt er Möglichkeiten und Grenzen des Abschlusses von Sozialplänen.

Schließlich erörtert Sebastian Klocker (Wien), welche datenschutzrechtlichen Herausforderungen der Einsatz künstlicher Intelligenz an die betriebliche Praxis stellt.

# Weihnachtsgeld gibt's nur **dank starker Gewerkschaften!**



Mit jedem neuen Mitglied wird deine Gewerkschaft stärker!

[oegb.at/mitglied-werden](https://oegb.at/mitglied-werden)



Ein Ersuchen des Verlages an den/die Briefträger:in:  
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können,  
teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls  
die neue bzw. richtige Anschrift mit

AW

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Straße/Gasse

\_\_\_\_\_  
Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

\_\_\_\_\_  
Postleitzahl

\_\_\_\_\_  
Ort